

DURCH STATISCHES DENKEN ZUR STATIONÄREN WIRTSCHAFT

Von Gerhard Maier-Rigaud

Daß die Smith'sche Schule nichts anderes lehrt als die Theorie der Werthe, erhellt nicht allein daraus, daß sie ihre Doctrin überall auf den Begriff von Tauschwerth basirt, sondern auch aus der Definition, die sie von ihrer Lehre gibt. Sie sei, sagt z. B. Say, diejenige Wissenschaft, welche lehre, wie die Reichthümer oder Tauschwerthe producirt, vertheilt und consumirt werden. Offenbar ist dies nicht diejenige Wissenschaft die da lehrt, wie die *produktiven Kräfte* geweckt und gepflegt und wie sie unterdrückt oder vernichtet werden.

Friedrich List (1844)

I. VORBEMERKUNG

Die Vielfalt und Widersprüchlichkeit der von der Ökonomie hervorgebrachten wirtschaftspolitischen Strategien präsentiert sich regelmäßig in krisenhaften Situationen. Das war in der Weltwirtschaftskrise nicht anders als heute. Schon damals ging der Streit um Angebots- und Nachfragepolitik, Arbeitszeitverkürzung oder Lohnsenkung, Antizyklusik oder Parallelpolitik. Doch jene Strategie, die in den 30er Jahren nicht nur in der theoretischen Auseinandersetzung den Sieg errungen, sondern auch praktisch zum Erfolg führte und der Welt in den 50er und 60er Jahren eine bisher nie gekannte Phase der Prosperität bescherte, spielt heute keine Rolle mehr: die Strategie des Keynes der General Theory. Heute beherrscht wieder die von Keynes überwunden geglaubte neoklassische Denkweise die Szene. Das ist wissenschaftstheoretisch erstaunlich, wenn man bedenkt, daß die herrschende Lehre nicht aus der Auseinandersetzung mit Keynes hervorgegangen ist und außerdem die Neoklassiker ihr altes Schema zwar in mancher Hinsicht modifiziert, im Kern jedoch unverändert beibehalten haben. Offensichtlich war das aber ausreichend, um die Keynesianer, d. h. die Vertreter des fiskalischen Torsos der Keynesschen Botschaft, zum Rückzug zu zwingen. Dieser war allerdings ohnehin angezeigt, weil Keynesianer das Phänomen Stagflation nicht erfassen können. Doch statt einer Rückbesinnung auf Keynes kam es zu einer weiteren Deformation seiner Lehre. Die „Neuen Keynesianischen Makroökonomien“ beispielsweise sind ganz Neoklassiker, wenn sie in rigiden Geldlöhnen eine Ursache der anhaltenden Unterbeschäftigung sehen.

Ohne nachhaltigen Einfluß auf das ökonomische Denken blieb aber nicht nur der Keynessche Angriff auf die klassische Theorie, sondern auch Schumpeters Schritt von der statischen zur dynamischen Analyse in seiner Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung. Die aktuelle wirtschaftspolitische Strategiediskussion bewegt sich daher im Grunde auf dem Erkenntnisstand des 19. Jahrhunderts. Nur der Glaube, alles frühere Wissen sei tatsächlich verarbeitet worden und habe zum modernen Stand der Wissenschaft geführt, erklärt die Ratlosigkeit der Ökonomen, hindert sie daran, den verlorenen Faden wieder aufzunehmen und die Fruchtbarkeit

solchen Tuns für die Lösung heutiger Probleme zu erkennen.¹ Die Wirtschaftswissenschaftler sind daher in einem ganz anderen Sinn herausgefordert, als dies das Nebeneinander von Keynesianern einerseits und Angebotstheoretikern sowie Monetaristen andererseits vermuten läßt oder die Unterschiede zwischen der „Neuen Keynesianischen Makroökonomie“ und der „Neuen Klassischen Makroökonomie“ nahelegen scheinen.

In diesem Aufsatz wird versucht, den grundlegenden methodischen Mangel statischer Gleichgewichtstheorie für Diagnose und Therapie der sich in Unterbeschäftigung dahinschleppenden Weltwirtschaft zu verdeutlichen. Festzustellen wird sein, daß die heute diskutierten wirtschaftspolitischen Strategien ausnahmslos von statischen Denkmustern beherrscht sind. Sei es, daß sie ausgehen von einem *gegebenen* Arbeits- bzw. Nachfragevolumen und daher eine Lösung nur in Arbeitszeitverkürzung oder Arbeitsintensivierung sehen können. Sei es, daß wegen der unterstellten Stabilität des privaten Sektors die weltwirtschaftliche Schieflage vorwiegend als Folge staatlich-institutionell bedingter Anpassungsfriktionen interpretierbar erscheint. Oder sei es der Glaube das gesamtwirtschaftliche Nachfrage- und Angebotsvolumen ließe sich durch bloße Umschichtungen vom öffentlichen zum privaten Sektor oder vice versa erhöhen. Aber gemeinsam ist diesen Ansätzen die Annahme der Irrelevanz des Geldes, wie sie die klassische Ökonomie für ihr logisches Schema durchaus richtig postuliert hat. Im Zentrum der folgenden Überlegungen stehen konsequenterweise all jene Ökonomen, welche die Unmöglichkeit neutralen Geldes erkannt haben, z. B. v. Hayek, jene, die in einer aktiven Geldpolitik die Essenz der Konjunktursteuerung sehen, z. B. Keynes und Röpke, und nicht zuletzt Schumpeter, der zusätzliches Geld als notwendige Bedingung für die Durchsetzung wirtschaftlicher Entwicklung verstanden hat. Die vorzutragenden Zusammenhänge sind also keineswegs neu und wahrscheinlich leichter nachvollziehbar als manche Abwege der modernen Theorie.

II. ARBEITSZEITVERKÜRZUNG UND LOHNSENKUNG

Das Ziel eines befriedigenden Beschäftigungsniveaus ist seit zehn Jahren nicht mehr erreicht worden, und selbst in relativ optimistischen Prognosen wird eine noch Jahre anhaltende Unterbeschäftigung für wahrscheinlich gehalten. Zur Milderung der sozialen Folgen dieser Situation drängt sich daher eine Umverteilung der Arbeit geradezu auf. Ökonomische Arithmetik scheint zudem die Logik dieser Strategie zu belegen. Widerstand und Bedenken seitens der Wissenschaft resultieren praktisch nur aus einer befürchteten Kostenexplosion und der dadurch beeinträchtigten internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Einer kostenniveauneutralen Arbeitszeitverkürzung hat sie offenbar wenig entgegenzusetzen.² Diese Position sieht vernünftig aus, wenn man bedenkt, daß die Verkürzung der Arbeitszeit eine ganz normale Begleiterscheinung der Wohlstandssteigerung der letzten zwanzig, fünfzig oder hundert Jahre war. Selbst wenn auf Grund entsprechender Präferenzen der gesamte Produktivitätsfortschritt

¹ Für die Ratlosigkeit einer in der Neoklassik gefangenen Ökonomie mag der Sachverständigenrat stehen, wenn er in seinem Jahresgutachten 1983/84 nicht nur einen bemerkenswerten Diagnosepessimismus zeigt, sondern die Möglichkeit einer an Ursachen ansetzenden Strategie überhaupt bezweifelt (Ziff. 291 und 321).

Für das Erkennen der Fruchtbarkeit des scheinbar überkommenen Wissens zur Lösung heutiger Probleme steht Heiner *Flassbeck* mit seiner in dieser Zeitschrift 1982 erschienenen Abhandlung: „Was ist Angebotspolitik?“ und seinem Aufsatz: „Von Walras bis Schumpeter - Schritte von der statischen zur dynamischen Theorie der Wirtschaft“ in: Beiträge zu Schumpeters Theorie der dynamischen Wirtschaft, Kolloquium am 28. 10. 1983. Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen, hrsg. von Karl Georg *Zinn*.

² „Der Sachverständigenrat hält in der gegebenen Situation Arbeitszeitverkürzungen nur für vertretbar, wenn sie nicht zu einer Kostenerhöhung bei den Unternehmen führen.“ (Jahresgutachten 1983/84, Ziff. 447) Der Rat glaubt ferner, daß unter dieser Bedingung ein positiver Beschäftigungseffekt wahrscheinlich ist.

ex ante zur Arbeitszeitverkürzung statt zu Einkommenserhöhungen verwendet werden würde, ein wirtschaftspolitisches Problem könnte daraus nicht folgen. Das Ergebnis wäre zwar Stagnation des *gemessenen* Sozialproduktes, stünde aber völlig im Einklang mit den einzelwirtschaftlichen Zielen.

Die Fragestellung lautet allerdings nicht, ob und unter welchen Bedingungen eine Arbeitszeitverkürzung friktionsfrei durchgeführt werden kann, sondern ob dieses Instrument grundsätzlich geeignet ist, dem Ziel einer wenigstens optischen Vollbeschäftigung näher zu kommen. Um Arbeitszeitverkürzung als ultima ratio der Wirtschaftspolitik rechtfertigen zu können, wäre theoretisch zu zeigen, daß ein marktwirtschaftliches System *auf Dauer* nicht in der Lage ist, soviel Arbeitsmöglichkeiten hervorzubringen, daß alle, die arbeiten wollen, auch einen Arbeitsplatz finden. Auch müßte plausibel gemacht werden, warum wir gerade jetzt in diese Situation gekommen sind. Ferner müßte eine Vorstellung darüber entwickelt werden, von welchen Faktoren die Begrenzung des Arbeitsvolumens konkret abhängt, wie hoch also die Arbeitszeitverkürzung sein müßte. Notwendig wäre also eine Theorie, die den Übergang zur Stationarität oder Quasistationarität etwa im Sinne eines historisch unausweichlichen Prozesses beschreibt. Zu diesem Thema hat die Ökonomie nicht viel zu bieten. Und wenn man als Bedingung noch einführt, daß Stagnation trotz der einzelwirtschaftlich auf Einkommenssteigerung gerichteten Interessen erklärt werden soll, bleibt auch von den Visionen über säkulare Stagnationstendenzen nichts mehr übrig. Es gibt keinen theoretischen Ansatz, der einen dauerhaften Konflikt zwischen einzelwirtschaftlichen Zielen und trendmäßig hervortretenden gesamtwirtschaftlichen Restriktionen postuliert.³ So kann sich die Strategie Arbeitszeitverkürzung nur auf den empirischen Befund und seine Extrapolation stützen. Aus der Tatsache, daß das Einkommenswachstum hinter dem Produktivitätsfortschritt zurückgeblieben und Arbeitslosigkeit entstanden ist, wird die theoretische Aussage: Weil die Produktivität schneller steigt als die Einkommen, fallen Arbeitsplätze weg. Und daraus folgt dann die Forderung nach einer Umverteilung von Arbeit und damit auch der Einkommen.

Im Vergleich zur Arbeitszeitverkürzung läßt die Lohnsenkungsstrategie auf den ersten Blick eine bessere theoretische Fundierung vermuten. Sie ist außerdem der Intention nach auf eine offensive Überwindung der Arbeitslosigkeit angelegt. Analog zu den Verhältnissen auf beliebigen Einzelmärkten wird für den Arbeitsmarkt konstatiert, daß der für Arbeit geforderte Preis über dem markträumenden Preis liegt. Das zu geringe Angebot an Arbeitsplätzen wäre demnach die Folge zu hoher Arbeitskosten. Bei diesem Befund kann Arbeitslosigkeit nur durch eine Änderung der relativen Preise von Kapital und Arbeit beseitigt werden. Eine solche Strategie läuft jedoch hinaus auf eine Arbeitsintensivierung, d. h. eine Senkung des Produktivitätsfortschritts. Damit zusätzliche Arbeitsplätze entstehen, muß nach dieser Auffassung der Produktivitätsfortschritt unter das Einkommenswachstum gedrückt werden.⁴

Die Unterschiede zwischen der Strategie Arbeitszeitverkürzung und der Strategie Lohnsenkung liegen somit nur darin, daß im ersten Fall der Produktivitätsfortschritt ex post auf mehr Köpfe verteilt und im zweiten Fall durch Arbeitsintensivierung von vornherein zu senken versucht wird. Beide Strategien müssen also von der Vorstellung einer irgendwie exogen bestimmten Einkommensentwicklung ausgehen. Die Einkommenssteigerung, das Ziel des

³ Was z. B. die *Hansensche* Stagnationstheorie mit fehlenden Investitions- oder Verwendungsmöglichkeiten von Ersparnissen meint, kann gerade interpretiert werden als eine Folge „einzelwirtschaftlicher Sättigung“ in einer fernen Zukunft.

⁴ Praktisch hat man von dieser Strategie nichts zu befürchten, was den Produktivitätsfortschritt angeht, und nichts zu hoffen hinsichtlich zusätzlicher Arbeitsplätze.

Wirtschaftens, wird von vornherein als Lösung ausgeklammert.⁵ Wilhelm Röpke hat sich schon 1932 mit den theoretischen Implikationen dieser beiden Strategien auseinandergesetzt. Er zeigt, daß sie von einer verfehlten Diagnose der Arbeitslosigkeit ausgehen:

„Daß in der Krise eine allgemeine Absatzstockung eintritt, die es nicht gestattet, den in der Hochkonjunktur erreichten Produktionsumfang aufrechtzuerhalten, ist eine unbestreitbare Tatsache, und daß diese allgemeine Absatzstockung aus einem plötzlichen Zurückbleiben der Gesamtnachfrage hinter dem Gesamtangebot zu erklären ist, ein unabweisbarer Schluß. Aber man vergegenwärtige sich recht, was das bedeutet, und was es nicht bedeutet. Zweifellos kann es unter keinen Umständen bedeuten, daß die *Ursache* der allgemeinen Absatzstockung darin zu suchen ist, daß die Produktion der Konsumtion davongelaufen und von allen Gütern insgesamt zuviel produziert worden ist. Eine nähere Überlegung zeigt, daß man sich darunter nichts Vernünftiges vorstellen kann. Denn im Verhältnis wozu soll von allen Gütern zuviel produziert worden sein? Doch sicherlich nicht im Verhältnis zum Bedarf, d.h. zur *Konsumwilligkeit*, denn dann wäre ja der Sinn alles Wirtschaftens als einer auf Überwindung der ewigen Güterknappheit gerichteten Tätigkeit auf den Kopf gestellt ...

Eine Wirtschaftskrise - die heutige wie jede andere der Vergangenheit - kann also nicht als eine allgemeine Überproduktion an allen Gütern zugleich, als ein Hinauswachsen der Produktionsmöglichkeiten, sondern nur ... als eine funktionale Störung innerhalb der höchst komplizierten modernen Verkehrswirtschaft gedeutet werden. Das Mißverhältnis zwischen den uns zur Verfügung stehenden Gütern und unseren ungesättigten Bedürfnissen ist schreiender als jemals, aber die Räder der Maschine, die uns die Güter liefert, greifen zu Krisenzeiten nicht mehr richtig ineinander.

Die Überproduktionsmythe schließt in ihrer logischen Konsequenz die Folgerung ein, daß die gesamte zu bewältigende Produktionsmasse eine mehr oder minder feste Größe sei, in die sich die Menschen zu teilen hätten, mit der Folge, daß jeder eifersüchtig darüber wacht, daß andere nicht zu große Portionen erhalten. Mit der weiteren Folge aber auch im internationalen Verkehr, daß die einzelnen Staaten bestrebt sind, durch Schutzzölle oder andere Einfuhrhemmungen eine möglichst große Portion des begrenzten Produktionsquantums der eigenen Volkswirtschaft vorzubehalten. Wodurch soll dieses Produktionsquantum bestimmt sein? Offenbar dadurch, daß die zur Abnahme der Produkte notwendige Kaufmittelmasse fest begrenzt ist. Nun stammen aber die Einkommen, mit denen die erzeugten Güter gekauft werden, letzten Endes aus der Produktion selbst, und auch die Gesamtsumme der Einkommen wird durch die Gesamtsumme der Produktion bestimmt.“

Für Röpke ist alles andere absurd: „...absurd die Angst vor der Produktion, absurd die Anschauung, daß wir uns dauernd auf eine Streckung der Produktionsaufgaben einzurichten hätten, und absurd der Kampf gegen alle Bestrebungen, den Produktionserfolg zu verbessern“.⁶

Zwei Dinge sind vor allem festzuhalten. Erstens, Produktion und Einkommen sind nur unterschiedliche Aspekte des gleichen Vorgangs. Entsprechend müssen Produktionsmöglichkeiten, ob sie aus freien Kapazitäten oder aus Produktivitätsfortschritten resultieren, zugleich Einkommensmöglichkeiten sein. Zweitens, die Nichtausschöpfung von Produktionsmöglichkeiten ist als *funktionale Störung* eines arbeitsteiligen Wirtschaftssystems zu deuten. Das heißt, daß Wirtschaftskrisen niemals ihre Ursache in einzelwirtschaftlichen Ent-

⁵ Die Popularität der beiden Strategien auch im wissenschaftlichen Bereich beruht einerseits auf der heute dominierenden empirischen Theoriebildung und andererseits auf der Übertragung von Aussagen aus Partialmodellen auf gesamtwirtschaftliche Probleme. So kommen indirekt die alten unsinnigen Stagnationsthesen wieder zum Vorschein. Sobald sich die offensive Lösung durchgesetzt hat - und bisher war das immer der Fall - verschwinden sie jedoch wieder aus dem Gesichtsfeld von Ökonomen und Politikern. *Schumpeter* bemerkte dazu: „In itself stagnationism is practically as old as economic thought. In any prolonged period of economic malaise economists, falling in like other people with the humors of their time, proffer theories that pretend to show that depression has come to stay.“ J. A. *Schumpeter*. *History of Economic Analysis*, Oxford 1954, S. 1172, vgl. auch S. 570 ff.: „The ‚Classic‘ Conception of Economic Development“.

⁶ W. *Röpke*, *Krise und Konjunktur*, Leipzig 1932, S. 58 ff. (Hervorhebungen im Original).

scheidungen oder Präferenzänderungen haben können, sondern aus systemimmanenten Koordinierungsproblemen oder Steuerungsfehlern der Wirtschaftspolitik folgen müssen. Diese grundlegende Aussage wird schon durch einen einfachen Vergleich zwischen einer arbeitsteiligen Volkswirtschaft und der Robinson-Crusoe-Wirtschaft plausibel.

Das ökonomische Interesse von Robinson ist gerichtet auf die Verbesserung seiner Lebensumstände. Insofern gleicht er völlig den Akteuren in arbeitsteiligen Wirtschaften. Das einzige Mittel zur Erreichung dieses Zieles ist die Kapitalintensivierung des Produktionsprozesses. Bei Robinson ist das nur möglich durch (vorübergehenden) Verzicht auf Konsum bzw. Freizeit. Doch sein Entschluß zu sparen ist unmittelbar verknüpft mit seinen Investitionsabsichten. Das ex ante Sparen ist institutionell identisch mit der ex ante Investition. Beschäftigungsprobleme, Konjunkturen und Krisen sind daher ausgeschlossen. Solche Phänomene können erst auftreten, wenn die Zahl der Teilnehmer am Wirtschaftsprozess so groß ist, daß eine ex ante Koordinierung ihrer Entscheidungen nicht mehr möglich ist, sie also angewiesen sind auf die von anonymen Märkten ausgehenden Informationen. Doch weil das Informationssystem Markt nicht perfekt funktioniert, ist die Wirtschaft permanent im Ungleichgewicht, kann es Rezession ($S > I$), aber auch Aufschwung ($S < I$) geben.

Auch im Rezessionsfall sind alle einzelwirtschaftlichen Pläne selbstverständlich auf Einkommensexpansion gerichtet. Insgesamt gelingt es jedoch nicht, die Pläne zu realisieren. Es ist sogar so, daß der von einzelnen erreichte Produktivitätsfortschritt bei oberflächlicher Betrachtung als Ursache der Arbeitslosigkeit und Einkommenssenkung erscheint: Die Quelle des Wohlstandes, die Steigerung der Produktivität, kann aber logisch nicht zugleich der Grund für Einkommenssenkung sein, weder bei Robinson noch in einer arbeitsteiligen Wirtschaft. Dieses Paradoxon ist nur aufzulösen, wenn der Prozeß der Produktivitätssteigerung gedanklich konsequent getrennt wird vom Phänomen der Einkommensschwankungen. Produktivitätssteigerungen sind Ergebnis von erfolgreichen einzelwirtschaftlichen Innovationen. Arbeitslosigkeit und Rezession dagegen sind die Folge einer unzureichenden gesamtwirtschaftlichen Koordination. Anders formuliert, Produktivitätssteigerungen erhöhen die Produktions- und Einkommensmöglichkeiten, aber das Aktivitätsniveau hängt ab von der Qualität der Steuerung des Systems in makroökonomischen Kategorien. Bleibt es bei den gesamtwirtschaftlichen Koordinierungsmängeln, so ist nicht auszuschließen, daß das System immer wieder neue Schübe an Arbeitslosigkeit und damit einen vermeintlichen Bedarf an Arbeitszeitverkürzung und/oder Lohnsenkung produziert.⁷

Gleichgültig, ob wir wirtschaftliche Entwicklung, Aufschwung, Stagnation oder Rezession erreichen oder erklären wollen, das Problem besteht immer darin, Einsicht in die Steuerungsprozesse marktwirtschaftlicher Abläufe zu gewinnen. Der a priori Verzicht auf solche Einsichten, die Selbsttäuschung durch empirische Evidenz und daran geknüpfte Strategien oder die direkte interventionistische Symptombekämpfung führen weder aus einer Rezession heraus, noch können sie eine weitergehende Fehlentwicklung verhindern. Auch muß klar sein, daß marktwirtschaftliches Denken weder im Konflikt mit makroökonomischem Nachdenken steht noch dieses ersetzen kann.

III. ANGEBOTSPOLITIK

⁷ Dies muß auch bei Maßnahmen etwa in den Bereichen der Finanzpolitik, Mittelstandspolitik, der sektoralen Struktur- oder Regionalpolitik bedacht werden. Solange deren gesamtwirtschaftliche Wirkungen theoretisch nicht deutlich zu machen sind, können sie redlicherweise damit auch nicht begründet werden. In letzter Zeit wird sogar dem ehemaligen „Jobkiller“ Umweltschutz ein positiver Beschäftigungseffekt zugeschrieben.

Noch vor wenigen Jahren sind Ziele wie Senkung des Staatsanteils, Einschränkung der konsumtiven Ausgaben des Staates, Kostenentlastung potentieller Investoren und Abbau von Reglementierungen ordnungspolitisch begründet worden.⁸ Heute wird dem partiellen Rückzug des Staates aus dem wirtschaftlichen und sozialen Geschehen auch eine eminent prozeßpolitische Rolle zugeschrieben. Angebotspolitiker erwarten, daß die frei werdenden Marktkräfte die Volkswirtschaft aus der Rezession herausführen und schließlich einen selbsttragenden Prozeß stetiger Expansion sichern. Im einzelnen lassen sich dafür drei verschiedene Wirkungshypothesen unterscheiden. Die erste Position geht aus von einem unmittelbaren Zusammenhang zwischen dem Rückzug des Staates und der Erhöhung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität. Ein angebotspolitisch induziertes zusätzliches Angebot schafft danach ohne weiteres Zutun seine eigene Nachfrage. Die zweite Position versteht Angebotspolitik nur als eine Unterstützung von Anpassungsprozessen. Die dritte Position betont mehr die Zinswirkungen einer Rückzugs- und Konsolidierungsstrategie und setzt auf die expansiven Effekte sinkender Zinsen. Mit ihr werden wir uns im nächsten Kapitel auseinandersetzen.

Die rigorose Variante der Angebotstheorie meint die Wirkungskette: niedrigere Kosten (über leistungsgerechtere Steuern, zügigere Genehmigungsverfahren usw.) gleich höhere Gewinne, gleich mehr Angebot, gleich mehr Nachfrage. So einleuchtend diese Formel aus einzelwirtschaftlicher Sicht ist, so fragwürdig ist sie bei gesamtwirtschaftlicher Betrachtung. Dann nämlich kann nicht ohne weiteres davon ausgegangen werden, daß bei sinkenden Kosten die Preise unverändert bleiben. Allgemein höhere Gewinnerwartungen führen zu einem steigenden Angebot und dieses kann nur abgesetzt werden, wenn die Nachfrage entsprechend steigt. Ist dies nicht der Fall, so wird jeder einzelne Anbieter, um seine höhere Produktion abzusetzen, seine Preise senken. Insgesamt kann es den Anbietern jedoch nicht gelingen, den geplanten Absatz und die erwartete Gewinnsteigerung zu realisieren. Soll sich eine allgemeine Kostensenkung in Mengenexpansion umsetzen, so muß *uno actu* die Nachfrage steigen. Da Angebotstheoretiker diese Bedingung nicht übersehen haben dürften, müssen sie von einer Nachfragesteigerung ausgehen, die nicht nur den Ausfall staatlicher und - wegen gesunkener Transfereinkommen - privater Nachfrage kompensiert, sondern darüber hinaus geht. Dies könnte nur möglich sein durch eine kräftige Investitionsnachfrage im Hinblick auf hypothetische Absatzchancen. Die finanzwirtschaftliche Kostensenkungsstrategie muß daher eine Investitionstheorie postulieren, in deren Mittelpunkt eine illusorische Gewinnillusion steht, bzw. das einfach voraussetzen, was sie erst noch erreichen will. Aus diesem argumentativen Dilemma könnte nur das Saysche Gesetz herausführen.

Eine gründliche Auseinandersetzung mit Say's Law ist vor kurzem von Flassbeck⁹ vorgelegt worden. Er kommt zu dem Ergebnis, daß es sinnvoll nur interpretiert werden kann als Gleichgewichtsaussage und somit nur innerhalb des Schemas der Gleichgewichtstheorie erkenntnistheoretisch „wahr“ sein kann. In die heutige Terminologie transformiert meint Say's Law die bekannte Gleichgewichtsbedingung, wonach die geplanten Investitionen dem geplanten Sparen entsprechen. Von dieser Aussage wissen wir, daß sie keine Vollbeschäftigungsverheißung ist und nichts darüber sagt, wie ein Ungleichgewicht beseitigt oder ein dynamischer Prozeß ausgelöst werden kann. Alles was an Erkenntnis daraus abzuleiten ist, läuft

⁸ *Tietmeyer* beispielsweise schrieb 1979, die Notwendigkeit der Konsolidierung dürfte „nicht nur in den Finanzierungsproblemen, als vielmehr insbesondere in der Begrenzung der öffentlichen Inanspruchnahme des Sozialprodukts — oder anders herum in der Erhaltung eines genügenden Freiraums für den privaten Sektor (Investitionen und Verbrauch) liegen. Die Konsolidierungspolitik, soweit sie sich auf die Ausgabenseite bezieht, reflektiert deshalb vor allem eine ordnungspolitische Entscheidung“. H. *Tietmeyer*, Droht uns eine Stagnation?, Walter-Eucken-Institut, Vorträge und Aufsätze, Heft 68, Tübingen 1979, S. 19 f

⁹ Vgl. H. *Flassbeck*, Was ist Angebotspolitik?, S. 79 ff. und derselbe, Says Law, *Wirtschaftswissenschaftliches Studium*, 2, 1983, S. 85 f.

hinaus auf die Möglichkeit von Gleichgewichten bei jedem Niveau der gesamtwirtschaftlichen Aktivität. Das angebotspolitische Ziel ist aber nicht die Erreichung eines Gleichgewichts bei irgendeinem Niveau, sondern das Ingangsetzen eines Expansionsprozesses. Die im klassischen Denken verhafteten Angebotstheoretiker übersehen vollständig, daß sie Say's Law auf Probleme übertragen, auf die es absolut nicht anwendbar ist. Ihre weitreichenden wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen beruhen auf einem erkenntnislogischen Irrtum. Schon Friedrich List hat die Notwendigkeit einer dynamischen Theorie gesehen, sie als Grundlage praktischer Wirtschaftspolitik gefordert und das klassische Theoriegebäude von diesem Standpunkt aus zu Recht heftig attackiert.¹⁰ Erst Schumpeter gelang es jedoch, der statischen Gleichgewichtsbetrachtung eine dynamische Theorie gegenüberzustellen. Doch weder er noch später Keynes konnten verhindern, daß die Wirtschaftspolitik ihre strategischen Muster heute wieder aus den Lehrsätzen der Gleichgewichtstheorie ableitet.

Mit den gleichen theoretischen Schwierigkeiten wie die finanzpolitische Kostensenkung ist auch die Strategie einer allgemeinen Geldlohnensenkung(-mindersteigerung) konfrontiert. Diese führt ebenfalls auf der Mikroebene zu vielfältigen Preis- und Mengenreaktionen, ohne daß dadurch das gesamtwirtschaftliche Aktivitätsniveau steigt. Allerdings sinkt die Inflationsrate. Aber dieser Stabilisierungsprozeß kann unter Umständen die Preiserwartungen der Unternehmen so nach unten ziehen, daß das Risiko destabilisierender gesamtwirtschaftlicher Effekte zunimmt. Zu einer Stabilisierungskrise wird es unweigerlich kommen, wenn die Geldpolitik gleichzeitig restriktiv wirkt und jede noch so moderate Nominallohnpolitik im nachhinein als nicht moderat genug erscheinen läßt. Geldlohnensenkungen sind als Aktionsparameter in der Krise praktisch nutzlos oder sogar kontraproduktiv. Sie können die grundlegenden Angebots-/Nachfragebedingungen nicht positiv beeinflussen und wirken vor allem nicht auf die Reallöhne durch. Diese sind in jedem Fall Ergebnis des ökonomischen Prozesses. Wer die Reallöhne vor dem Hintergrund eines bestimmten Denkschemas für „zu hoch“ hält, muß die gesamtwirtschaftlichen Bedingungen so ändern, daß sie temporär sinken können, muß also mit an Ursachen der funktionalen Störung ansetzenden Instrumenten einen Aufschwung herbeiführen.¹¹

¹⁰ Vgl. Friedrich List, *Das nationale System der Politischen Ökonomie* (1844), Basel/Tübingen 1959, Kapitel 11 ff. sowie die Kapitel 31 und 32. Vgl. zur Kritik an der „Ricardian tradition“ auch J. M. Keynes, *General Theory*, Cambridge 1977, S. 4. Wie stark „Ricardian School“ und „Ricardian Vice“ (*Schumpeter*) heute noch die Ökonomen beeinflusst, zeigt sich beispielsweise im ersten Satz des Lehrbuches von M. Neumann, *Theoretische Volkswirtschaftslehre* 1, 2. völlig neubearbeitete Auflage, München 1984, S. 2: „Die Grundfragen des Wirtschaftens, das Allokationsproblem (Was soll produziert werden?), das Effizienzproblem (Wie soll produziert werden?) und das Verteilungsproblem (Für wen soll produziert werden?) ..“. Vgl. dazu den Prolog zu diesem Aufsatz.

¹¹ Die Verwirrung über den Zusammenhang zwischen Lohn und Beschäftigung ist inzwischen so groß, daß sogar behauptet wird, es gebe in diesem Punkt keine Auffassungsunterschiede zwischen Neoklassikern und Keynes. So z. B. von Wolfram Engels, *Arbeitslosigkeit - Woher sie kommt und wie man sie beheben kann*, herausgegeben vom Kronberger Kreis, Frankfurt 1984, S. 6. In der von Engels als Beweis zitierten Übersetzung von Keynes heißt es: „...daß im allgemeinen die Beschäftigung nur zunehmen kann, wenn die Rate der Reallöhne gleichzeitig fällt“. Damit wird tatsächlich eine kausale Verknüpfung suggeriert. In der Formulierung von Keynes klingt das anders. Dort heißt es „... an increase in employment can only occur to the accompaniment of a decline in the rate of real wages“ (S. 17, Hervorhebung nicht im Original). Und deutlich genug fügt Keynes hinzu: „Thus if employment increases, then, in the short period, the reward per unit of labour in terms of wage-goods must, in general, decline and profits increase“ (Hervorhebung im Original).

Theoretisch kann eine Nominallohnsenkung bei unveränderter Geldpolitik via Preisniveausenkung die reale Geldmenge erhöhen, den Zinssatz senken und so die Beschäftigung steigern. *Praktisch* jedoch kann ein solches „monetary management by the trade unions“ gegenüber einer expansiven Geldpolitik nur präferiert werden von einer „foolish person“, einer „unjust person“ und einer „inexperienced person“ (J. M. Keynes, *General Theory*, S. 267 ff.). Wir haben diesem sarkastischen Urteil nichts hinzuzufügen.

Die zweite angebotspolitische Strategievariante unterstellt einen Zusammenhang zwischen einzelwirtschaftlichen Anpassungsprozessen und Rezessionsüberwindung. Sie zielt auf eine „Revitalisierung der Wirtschaft“ über Entbürokratisierung und Entreglementierung sowie mehr Flexibilität in der Lohnstruktur. Der Erfolg dieser Strategie hängt davon ab, daß Anpassungsprozesse per se die Wirtschaft auf den Weg zu mehr Beschäftigung bringen. Einzelwirtschaftlich ist die Sache wieder ganz klar. Mehr Flexibilität ist hier in jedem Fall von Vorteil und in vielen Fällen Voraussetzung für das Verbleiben im Markt. Doch jeder durch besondere Anpassungsleistungen erreichte Vorsprung einzelner verschlechtert entsprechend die Position anderer Marktteilnehmer. Niveaueffekte können also nicht erwartet werden. Soweit es mit dieser Strategie gelingt, die Lohnstruktur beweglicher zu machen, hat sie allerdings eine unbeabsichtigte Folge: Sie nimmt von den Unternehmen einen Teil des Anpassungsdrucks und stabilisiert so tendenziell den strukturellen status quo. Eine forcierte Flexibilität der Preis-Lohn-Struktur ist daher gerade dann eine defensive Strategie, wenn die Lösung des gesamtwirtschaftlichen Problems in realen (Mengen-)Anpassungen gesehen wird.

Worauf stützen sich aber die in eine positive Anpassungspolitik gelegten Hoffnungen? Anpassungen sind im klassischen Modell Voraussetzung für die Stabilität des Vollbeschäftigungsgleichgewichts. Alle Störungen können durch Preis- und Mengenanpassungen verarbeitet werden, weil alle auftretenden Probleme rein struktureller Natur sind. Man muß sich klar machen, was das bedeutet und was keinesfalls daraus gefolgert werden darf. Im Walrasianischen System geht es immer nur um Störungen auf einzelnen Märkten bei Vollbeschäftigung. Gezeigt wird nicht, wie man aus einer allgemeinen Unterbeschäftigung herauskommt, bzw. wie eine solche entstehen kann. Bewegungen des Systems können mit dem analytischen Apparat der Gleichgewichtstheorie nicht erfaßt werden. Anpassungspolitik bei Unterbeschäftigung trägt daher - analog zum Vollbeschäftigungsfall - lediglich zur raschen Verarbeitung einzelner Datenänderungen durch die Märkte bei. Diese fundamentale Restriktion wird von Anpassungsstrategen übersehen. Sie haben eine Annahme ihres Gleichgewichtsmodells als praktisches Ergebnis interpretiert: die Vollbeschäftigung.¹² Für eine expansive Wirkung von Anpassungen findet sich keine plausible Erklärung. Das war im Lichte unserer Grundhypothese nicht anders zu erwarten. Mit einem statischen Gleichgewichtsmodell, dessen Erkenntnisziel der stationäre Zustand in der langen Frist oder besser, ein von Zeit und Raum abstrahierendes logisches Schema ist, können keine in der Zeit ablaufende, d. h. dynamische Prozesse erfaßt werden. Die wirtschaftspolitische Umsetzung dieses Schemas, in dem alle Ressourcen vorgegeben sind, es keinen technischen Fortschritt gibt und Geld nur als Zahlungsmittel existiert, löst nur alloкатive und distributive Prozesse aus.

Anpassung bedeutet, gesamtwirtschaftliche Bedingungen mikroökonomisch zu verarbeiten, nicht sie zu verändern. In einer weltweiten Rezession, die überall durch eine mehr oder weniger rigorose Angebotspolitik bekämpft wird, lassen sich durch diese Strategie für einzelne Unternehmen oder Staaten nur temporäre Wettbewerbsvorteile auf stagnierenden oder schrumpfenden Märkten erzielen. Eine Lösung ist in dieser Politik des Problemexports nicht angelegt. Länder, die in diesem Prozeß aus sozialen Gründen nicht mithalten und z. B. die Kreditkonditionen des IMF nicht mehr erfüllen können, bleibt keine andere Wahl, als zu protektionistischen Scheinlösungen zu greifen. Daß dazu zuerst die ärmsten Länder der Welt sowie jene gezwungen sind, die sich auf dem Wege zur Industrialisierung im Vertrauen auf die Expansion der Weltwirtschaft hoch verschuldet haben, ist nicht überraschend. Doch auch die Industrieländer, die aufgrund ihres höheren Ausgangsniveaus Stagnation und Dezeleration länger durchhalten können, neigen zur Ausschaltung des Wettbewerbs. Anpassungspolitik

¹² Im Sinne von *Keynes'* Kritik an der klassischen Auffassung, nach der es unfreiwillige Arbeitslosigkeit nicht geben kann. Vgl. *Keynes, General Theory*, S. 15ff., und *Schumpeter, History*, S. 1135 Anm. 32.

ergibt erst wieder Sinn, *wenn* die gesamtwirtschaftlichen Bedingungen für eine Expansion der Weltwirtschaft hergestellt sind. Allerdings braucht man sie dann kaum mehr, denn die in dieser Situation auftretenden Friktionen verarbeitet der Markt in der Regel auch ohne staatliche Hilfestellung.

IV. Zinssenkung durch Konsumverzicht

In hohen und steigenden Zinsen wird allgemein ein großes Hindernis zur Überwindung der Arbeitslosigkeit gesehen, weil sie potentielle arbeitsplatzschaffende Sachinvestitionen unter die Rentabilitätsschwelle drücken.¹³ Wie ist das für die anhaltend schwache Weltkonjunktur pathologisch hohe Zinsniveau zu erklären? Vielfach werden dafür die hohen Haushaltsdefizite insbesondere der Vereinigten Staaten verantwortlich gemacht. Genannt werden auch die Verschuldungsprobleme vieler Entwicklungsländer oder einfach der von den Kreditgebern verlangte Risikoaufschlag. Eine andere populäre Diagnose des „Kapitalmangels“ behauptet eine zu geringe Ersparnisbildung und die „unproduktive“ Verwendung der knappen Mittel vor allem im staatlichen Sektor.¹⁴ Therapeutische Maßnahmen könnten demnach an drei Stellen ansetzen. Erstens an der Erhöhung der Sachkapitalrendite via Angebotspolitik (Kostensenkung gleich Gewinnsteigerung), zweitens bei der staatlichen Kreditnachfrage (Konsolidierung) und drittens bei der Stimulierung des Sparens und der Eigenkapitalbildung. Für unsere Zwecke können alle drei Ansätze als Konsumverzichtsstrategie behandelt werden, die über ein größeres Sparkapitalangebot zu Zinssenkungen und zu mehr Investitionen führen soll. Wie ist der Zusammenhang zwischen Sparen und Investieren und welche Funktion hat dabei der Zins?

Die klassischen Autoren haben keineswegs die permanente Stabilität des marktwirtschaftlichen Systems behauptet. Friktionen und Krisen schlossen auch sie nicht aus. Doch sie glaubten, ein Prozeß der Einkommenskontraktion werde durch den Zinsmechanismus wieder umgekehrt. Sparen und Investieren würden im Prinzip über den Zins zusammengeführt. Am Ende eines Abschwungs stehen demnach niedrige und am Ende eines Aufschwungs hohe Zinsen. Der Prozeß steigender Zinsen wird von Marshall wie folgt beschrieben:

„Thus then interest, being the price paid for the use of capital in any market, tends towards an equilibrium level such that the aggregate demand for capital in the market, at that rate of interest, is equal to the aggregate stock forthcoming there at that rate. If the market, which we are considering, is a small one - say a single town, or a single trade in a progressive country - an increased demand for capital in it will be promptly met by an increased supply drawn from surrounding districts or trades. But if we are considering the whole world, or even the whole of a large country as one market for capital, we cannot regard the aggregate supply of it as altered quickly and to a considerable extent by a change in the rate of interest. For the general fund of capital is the product of labor and waiting; and the extra work, and the extra waiting, to which a rise in the rate of interest would act as an incentive, would not quickly amount to much as compared with the work and waiting, of which the total existing stock of capital is the result. An extensive increase in the demand for capital in general will therefore be met for a time not so much by an increase of supply, as by a rise in the rate of interest; which will cause

¹³ Trotzdem scheint die These, die Zinsen seien als Kostenfaktor von gesamtwirtschaftlicher Bedeutung, unausrottbar zu sein. Sie findet sich im Geschäftsbericht 1983 der Bundesbank (S. 5) ebenso wie beim Sachverständigenrat (Jahresgutachten 1983/84, Ziff. 211). Natürlich sind Zinsen Kosten, aber das ist makroökonomisch uninteressant.

¹⁴ Mit solchen Diagnosen wird implizit behauptet, die Marktwirtschaft setze zumindest in einzelnen Phasen eine ganz bestimmte Präferenzstruktur voraus, die Ökonomen erkennen könnten und Politiker gegen den Markt durchsetzen müßten. Im übrigen hat sich schon *List* über die Begriffe „produktiv“ und „unproduktiv“ lustig gemacht (vgl. *F. List*, Das nationale System, S. 151).

capital to withdraw itself partially from those in which its marginal utility is lowest. It is only slowly and gradually that the rise in the rate of interest will increase the total stock of capital.“¹⁵

Marshall erklärt in klassischer Tradition den steigenden Zins mit der Zunahme der Kapitalgüternachfrage (Investitionen). Er zieht in erster Linie Kapital von weniger produktiven Verwendungen ab. In zweiter Linie sorgt dann der hohe Zins für Konsumverzicht und eine Vergrößerung des Kapitalstocks insgesamt. Der Konsumverzicht ist bei Marshall die Spätfolge eines durch den Aufschwung herbeigeführten hohen Zinses. Mit der klassischen Zinstheorie läßt sich also weder ein hoher Zins in der Rezession erklären, noch die Konsumverzichtsstrategie theoretisch begründen.

Die moderne Konsumverzichtsstrategie setzt denn auch auf einen anderen Zusammenhang. Sie will die Zinssenkung finanzpolitisch herbeiführen. Zurückgefahren werden sollen insbesondere öffentliche Konsumausgaben. Mit dem Ausfall staatlicher Nachfrage sinken aber zunächst der Zins *und* die Einkommen. Und ob die Privaten bei dem niedrigeren Zins soviel Nachfrage entfalten, daß das alte Einkommensniveau wieder erreicht wird, ist ungewiß. Doch wenn sie es tun, dann muß auch der Zins wieder steigen.¹⁶ Staatliche Nachfrage am Kapitalmarkt (und am Gütermarkt) wäre nur ausgetauscht worden mit privater Nachfrage. Incentives zur Erhöhung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität können sich aus einer bloßen Änderung des Gewichts der beiden Nachfragergruppen am Kapitalmarkt jedoch nicht ergeben. Das wahrscheinliche Resultat der ganzen Übung sind hoch bleibende Zinsen und u. U. eine Verschärfung der Rezession.

Stellen wir die Frage, wie dann der Zins gesenkt werden kann, noch zurück und greifen Hayeks Problematisierung der Konsumverzichtsstrategie auf. Wie sieht er die Zusammenhänge?

„Konsumverzicht schafft eine Reserve, die Kapitalbildung möglich macht, aber noch nicht herbeiführt. Das ist am offensichtlichsten in dem klassischen, heute in fortgeschrittenen Ländern wohl sicher nicht mehr sehr wichtigen, aber immerhin noch nicht verschwundenen Fall, in dem der Sparer die ersparten Beträge in den Strumpf steckt oder unter der Matratze versteckt. Dann tritt zwar eine Verminderung der Konsumgüternachfrage, aber keine Vermehrung der Kapitalgüternachfrage ein, und es besteht zunächst kein Anlaß, daß die Kapitalgüternachfrage und daher die Realkapitalbildung steigen sollte. Wenn Preise und Löhne völlig flexibel wären, würde es zwar mit der Zeit auch geschehen, aber das ist heute gewiß nicht der Fall. Es ist wahrscheinlicher, daß nicht nur einerseits die Senkung der Konsumgüternachfrage auf deren Produktion ungünstig wirkt, sondern diese depressive Wirkung sich auch auf die Kapitalgütererzeugung ausdehnt.“¹⁷

Hayek erkennt weiter an, „daß es in der modernen Gesellschaft andere, viel wichtigere Fälle gibt, in der ein Sparen nicht unmittelbar zur Realkapitalbildung oder, wie es heute üblich geworden ist zu sagen, zur Investition führt“.¹⁸ Der wichtigste Grund ist seines Erachtens die Liquiditätspräferenz und die fehlende Information der Banken darüber, welche Teile der Einlagen Ersparnisse sind. Hayek kommt schließlich zu einem durchaus Keyneschen Ergebnis:

„Durch diese und ähnliche Umstände ist in der modernen Gesellschaft der automatische Zusammenhang zwischen Sparen und Investieren wohl arg gelockert. Es ist die große und schwierige Aufgabe der Kreditpolitik geworden, den Strom der für Investitionen verwendeten Mittel den durch Sparen

¹⁵ A. Marshall, *Principles of Economics* 8. Auflage, London 1982, S. 443 f.

¹⁶ Dies gilt nicht für den Fall eines unelastischen Angebots. Aber dann ist jeder Einkommenseffekt vornherein ausgeschlossen. Vgl. auch Anmerkung 22.

¹⁷ F. A. v. Hayek, *Alte Wahrheiten und neue Irrtümer* (1963), Freiburger Studien. Tübingen 1969, S. 20.

¹⁸ Ebenda, S. 20.

festgesetzten Mitteln gleichzumachen. Daß, wenn dies nicht geschieht, ernste inflationistische oder deflationistische Störungen auftreten, wissen wir heute alle. Wir wünschen immer noch als unerläßliche Vorbedingung einer raschen Steigerung des Wohlstandes eine hohe Sparquote. Aber wir müssen auch das Erforderliche tun, damit diese Ersparnisse wirklich in produktive Anlagen verwandelt werden."¹⁹

Dazu offensichtlich im Widerspruch begründet Hayek in „Preise und Produktion“ ausführlich die Position, die heute im Kern auch die von Angebotspolitikern und Monetaristen ist. „Der einzige Weg, um dauernd alle verfügbaren Produktivkräfte zu ‚mobilisieren‘ ist, ... weder in der Krise noch nachher den Kredit als künstliches Stimulans zu benützen, sondern es der Zeit zu überlassen, die Situation durch den langsamen Prozeß der Anpassung der Struktur der Produktion an die als Kapital verfügbaren Mittel zu heilen.“²⁰

Es ist richtig, daß eine Steigerung des Wohlstandes mit Konsumverzicht *einhergeht*. In der Robinson-Wirtschaft kann man sogar sagen, Konsumverzicht sei die Voraussetzung für Investitionen. In einer arbeitsteiligen Wirtschaft stellen sich die Dinge jedoch etwas komplizierter dar. Auf sicherem Boden bewegt man sich zunächst einmal mit der Gleichgewichtsbedingung $I=S$ oder der Aussage, eine hohe Investitions- und entsprechend hohe Sparquote signalisieren eine hohe Wachstumsrate. Um wirtschaftspolitische Aussagen machen zu können, braucht man allerdings kausale Verknüpfungen. Neoklassiker machen aus der Gleichgewichtsbedingung - wohl implizit ausgehend von den Verhältnissen im Robinson-Modell - eine kausale Aussage: Durch Konsumverzicht steigt die Realkapitalbildung. Sie zu belegen, gelingt jedoch nicht. Für Hayek ist es sogar wahrscheinlicher, daß Konsumverzicht für sich genommen eine depressive Wirkung auf die Investitionstätigkeit hat. Und sein Hinweis auf die Vermeidung solcher „Störungen“ durch kreditpolitische Maßnahmen ist zu allgemein. Was könnte man sich darunter vorstellen, wenn zugleich der Einsatz von Zentralbankgeld als künstliches Stimulans abgelehnt wird? Am Ende bleibt die für Neoklassiker so typische Berufung auf den Faktor Zeit, der alle Friktionen überwinden soll.²¹

Das Dilemma der Konsumverzichtsstrategen und Kapitalmangeltheoretiker liegt in der fehlenden klaren Trennung von statischer Gleichgewichtsbetrachtung und dynamischer Analyse. Sie gehen offensichtlich von der Vorstellung aus, der Entwicklungsprozeß führe tatsächlich zum Gleichgewicht und meinen daher, Aussagen über den Gleichgewichtszustand könnten per se nicht im Widerspruch stehen zu Prozeßaussagen. Auch wenn Autoren wie Hayek in ihren eigenen Verlaufsanalysen zu dem Ergebnis kommen, daß Konsumverzicht depressive Wirkungen hat, so bleiben sie bei der wohl als besser abgesichert betrachteten These, wonach Konsumverzicht letztlich eben doch zu einem höheren Kapitalstock führen muß. Aber dies ist ein gravierender methodischer Irrtum. Die dynamischen Abläufe sind dem Gleichgewichtszustand nicht als zeitlich vorgeschaltet zu denken, und zwischen der dynamischen Betrachtung und dem logischen Schema der Gleichgewichtsbedingungen gibt es keine Verbindung. Ist eine von zwei isolierten Volkswirtschaften auf einem höheren Beschäftigungsniveau und wir stellen fest, daß sie eine höhere Sparquote hat, so heißt das für die andere Volkswirtschaft keineswegs, dieses höhere Niveau durch Forcierung der Ersparnisbildung

¹⁹ Ebenda, S. 21.

²⁰ Derselbe, Preise und Produktion (1931), Wien 1976, S. 97.

²¹ Der Sachverständigenrat bleibt hinter der Hayekschen Problematisierung des Sparens weit zurück: „Die verbreitete Angst vor gesamtwirtschaftlichen Nachfragerisiken, die mit der Tatsache begründet wird, daß der Nachfrageausfall durch Konsumverzicht gewiß ist, die korrespondierende zusätzliche Investition hingegen ungewiß, mag von hier eine gewisse Berechtigung beziehen, obwohl sie im ganzen grundlos erscheint, wenn es der Volkswirtschaft an Wachstumsdynamik nicht fehlt“ (Jahresgutachten 1982/82 Ziff. 406. Hervorhebung nicht im Original). Hier wird leichtfertig vorausgesetzt, was mit der Sparstrategie erst erreicht werden soll.

unmittelbar erreichen zu können. Vom Ergebnis eines dynamischen Prozesses her kann eben nicht auf seine Ursachen geschlossen werden. Oder, Gleichgewichtsaussagen sind nicht übertragbar auf Ungleichgewichtsprozesse. So können wir nicht erfahren, ob Sparen Investitionen induziert oder vice versa, bzw. welche anderen Faktoren dieses Ergebnis beeinflusst haben. Der Widerspruch zwischen den Ergebnissen statischer und dynamischer Betrachtung löst sich aber auch in der langen Frist nicht auf. Und eigentlich existiert er überhaupt nicht, weil beide Aussagen zu grundverschiedenen Theoriesystemen gehören. Entschieden werden muß nur, welche Methode dem analytischen Ziel angemessen ist.

V. BESCHÄFTIGUNGSPROGRAMME

Staatliche Ausgabenprogramme gelten heute als kontraproduktiv. Dennoch ist die hinter einer solchen Politik stehende Überlegung im Prinzip richtig, nämlich daß die Wirtschaft aus einer Rezession u. U. nur durch exogene Anstöße herausgeführt werden kann. Nach Ansicht der Vertreter dieser Strategie ist der Sektor Staat der einzige, der aus den von der Rezession geprägten Bedingungen und Zwängen zur Anpassung an sinkende Einkommen und schrumpfende Absatzmärkte ausbrechen kann. Nur er kann die Nachfrangelücke ($S > I$) schließen, latente in effektive Nachfrage umsetzen. Die Crux liegt allerdings darin, daß der Staat bei der Finanzierung dieser Ausgaben vollständig in den vorgegebenen monetären Rahmen eingebunden ist und insofern nur „endogen“ operieren kann.

Im Kern geht es um die Frage, ob es in einer Volkswirtschaft ein brachliegendes Nachfragepotential gibt, eine Art Fonds latenter Kaufkraft, der vom privaten Sektor aus irgendwelchen Gründen nicht ausgeschöpft wird und der im Prinzip groß genug zur Erreichung der Vollbeschäftigung ist. Sieht man einmal vom Fall des Geldhortens im Sparstrumpf ab, so kann man sich unter einem solchen Fonds nichts Konkretes vorstellen. Wer mehr Einkommen (Kaufkraft) hat, als er aktuell für seine eigene Nachfrage einsetzt, wird die „überschüssige“ Kaufkraft zinsbringend anlegen. Immer muß es jemanden geben, der diese Kaufkraft zur Erhöhung seiner eigenen Nachfrage verwendet. Funktionsloses Geld, das auf ominösen Konten wie Dornröschen vor sich hin schlummert, gibt es in einer Volkswirtschaft nicht. Wenn dies richtig ist, dann hat der Staat auch keine Möglichkeit, zusätzliche Nachfrage über einen brachliegenden Kaufkraftfonds zu finanzieren. Staatliche Ausgabenprogramme laufen daher auf eine bloße Umschichtung zwischen effektiver staatlicher und privater Nachfrage hinaus. Dies gilt unabhängig davon, wie die zusätzlichen staatlichen Ausgaben finanziert werden, ob über Steuern und Sonderabgaben oder über den Kapitalmarkt und selbstverständlich unabhängig davon, auf welche Güter im einzelnen die zusätzliche Nachfrage gerichtet ist.

Diese Vorstellungen bedürfen vor allem im Zusammenhang mit der crowding-out-Diskussion einer näheren Betrachtung. Man könnte nämlich meinen, ein Umschichtungsprozess am Kapitalmarkt liefere mechanisch ab und hätte keinen Einfluß auf den Zins, weil sich am Ende die alten Nachfrage-Angebotsrelationen wieder einstellen. Doch dies gilt nur in der langen Frist. Im Verlauf betrachtet kann der Staat als zusätzlicher Nachfrager nur über ein höheres Zinsangebot Finanzierungsmittel an sich ziehen. Ein steigendes staatliches Defizit muß daher c. p. zu steigenden Zinsen führen.²² Dieser Effekt ist nur zu vermeiden, wenn zusätzliches Geld

²² Angebotstheoretiker könnten im Umkehrschluß auf eine Zinssenkung durch Konsolidierung verweisen. Im Prinzip ist das wohl richtig. Aber wenn bei dieser Maßnahme das gesamtwirtschaftliche Aktivitätsniveau nicht zugleich sinken soll, dann müßten die privaten Kreditnachfrager uno actu den Ausfall staatlicher Nachfrage am Kapitalmarkt kompensieren und der Zins müßte unverändert hoch bleiben. Die Vorstellung einer Mengenumschichtung ohne Preissignal paßt ganz und gar nicht zur Marktwirtschaft. Insofern unterliegen Nachfragetheoretiker dem gleichen Irrtum wie Angebotspolitiker, wobei letztere sogar glauben, bei gegebenem Geldangebot

zur Finanzierung zusätzlicher Nachfrage eingesetzt wird. Aber das wäre eine andere Strategie, nämlich Deficit Spending.

An dieser Stelle erscheint eine kurze Bestandsaufnahme sinnvoll. Die bisher behandelten Strategien sehen die Ursachen der Rezession in veränderten Verhaltensweisen der Wirtschaftssubjekte oder des Staates. Nach der einen Theorie gibt es zuviel Staat, nach der anderen zu wenig. Nach der einen Vorstellung wird nicht genug gespart und deshalb zu wenig investiert, nach der anderen wird zu viel gespart. Jedenfalls wird unterstellt, die Menschen würden sich plötzlich entgegen den Spielregeln des marktwirtschaftlichen Systems verhalten. Dann wäre die Marktwirtschaft allerdings eine absurde Wirtschaftsordnung. Sie würde den einzelnen Grenzen setzen für die Überwindung von Knappheit, ihnen Freizeit verordnen, obwohl sie Arbeit haben wollen, sie zum Sparen zwingen, obwohl sie lieber konsumieren oder ihnen z. B. die Versorgung mit öffentlichen Gütern vorenthalten, weil die Staatsquote sonst die Funktionsfähigkeit des Systems beeinträchtigen würde. Mit solchen Vorstellungen bringt man nur die Marktwirtschaft in Mißkredit. Die funktionale Störung hat ihre Ursache in einem konstitutiven Element der Verkehrswirtschaft: dem Geld. Aber Geld ist für alle bisher behandelten Strategien nur ein unbedeutender Schleier, der über den realen Vorgängen liegt oder kurzfristig schlimmstenfalls ein Störfaktor. Die auszutragende wissenschaftliche Kontroverse muß sich auf die klassische Dichotomie beziehen, muß die Frage nach der Rolle des Geldes grundsätzlich neu aufwerfen und so den entscheidenden Grund der funktionalen Störung identifizieren.

VI. MONETARISTISCHE VERSTETIGUNGSSTRATEGIE

Die Monetaristen haben zu dem zuletzt angesprochenen Problem Bedeutsames zu sagen. Friedman vor allem hat gezeigt, wie durch eine falsche Geldpolitik die Wirtschaft in die Inflation, aber auch in die Depression getrieben werden kann. Aus dieser Einsicht ist allerdings die weitreichende Konsequenz gezogen worden, daß der „reale“ Kern des marktwirtschaftlichen Systems im Prinzip stabil sei und es daher nur darauf ankomme, schädliche Einflüsse von der Geldseite her zu vermeiden. Ziel monetaristischer Geldpolitik ist daher die Neutralität gegenüber den in der Welt der Güter und relativen Preise ablaufenden Prozessen.²³ Mit dieser Vorstellung können die geldpolitischen Instanzen jede Verantwortung für Rezession und Krisen zurückweisen. Damit sind wir unversehens wieder bei den einseitig nicht-monetären Diagnosen und Therapien der Rezession. Wie konnte man aus der historischen Erfahrung einer fehlgeleiteten Geldpolitik die Forderung ableiten, die Geldpolitik überhaupt aus der Konjunktursteuerung zu verbannen?

könnte trotz des „crowding-in“ der privaten Nachfrage der Zins sinken und das Aktivitätsniveau insgesamt steigen.

Von *Tobin* ausgehend vertritt neuerdings *Ketterer* die Auffassung, eine zunehmende Staatsverschuldung könne auch zu einem crowding-in führen. Das ist nicht haltbar. Entscheidend ist die Geldpolitik. Die von ihr ausgelöste reale Expansion kann begleitet sein von zunehmender Staatsverschuldung. Aber ohne akkomodierende Geldpolitik muß eine steigende Staatsverschuldung zum crowding-out führen. Mit der Empirie läßt sich dagegen nicht angehen, was *Ketterer*, ohne die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen, durchaus erkennt (vgl. Karl-Heinz *Ketterer*, *Monetäre Aspekte der Staatsverschuldung*, Berlin 1984, S. 118).

²³ Vgl. Sachverständigenrat, Jahresgutachten 1982/83, Ziff. 143 und 244.

Freunde findet in letzter Zeit zunehmend die konstante Geldmengenregel. Sie wird hauptsächlich begründet mit der fehlenden Information über Konjunkturzyklen und den Transmissionsprozess (vgl. z. B. J. *Scheide*, *Geldpolitik, Konjunktur und rationale Erwartungen*, Tübingen 1984, S. 106). Auf diese Variante kann hier nicht näher eingegangen werden. Nur soviel dazu: Wenn wir keine Informationen über das System haben, dann gibt es keine Möglichkeit mehr, irgendeine Politik zu begründen - auch nicht die nach der konstanten Geldmengenregel.

Typisch für die monetaristische Argumentation ist die Unterscheidung zwischen der kurzen und der langen Frist. Kurzfristig wird ein Einfluß des Geldes auf die reale Sphäre zugestanden, sonst brauchte man sich ja nicht um Konjunkturalneutralität zu bemühen. In der langen Frist jedoch kann Geld keine Bedeutung haben. Der Fall ist theoretisch völlig analog dem der Konsumverzichtsstrategie. Die lange Frist meint den Gleichgewichtszustand. Dieser ist schon definitionsgemäß das (realwirtschaftliche) Optimum und kann selbstverständlich durch zusätzliches Geld nicht weiter optimiert werden. Mit Geld kann dann nur der „numéraire“ verändert werden. Auch der Zinssatz bleibt unbeeinflusst, wenngleich sich der Zins als Geldbetrag natürlich mit dem „numéraire“ verändert. Hinter der wirtschaftspolitisch so bedeutsamen Aussage, eine Senkung des Zinssatzes könne nicht durch Geldangebotspolitik, sondern nur durch Sparen erreicht werden, steht daher nichts anderes als die fiktive Gleichgewichtskonstellation. Ferner ist in diesem Kontext klar, daß mehr Geld nur über steigende Preise absorbiert werden kann, wobei die Fishersche Verkehrsgleichung als Regel für konsistente Geldmengen-Preisniveau-Konstellationen fungiert.

Während Monetaristen sich erstaunlich großzügig über den Widerspruch zwischen kurzfristiger Wirksamkeit und langfristiger Ohnmacht der Geldpolitik hinwegsetzen, hat sich Hayek - ähnlich wie wir das bei der Behandlung der Konsumverzichtsstrategie gesehen haben - mit großer Sorgfalt der Frage gewidmet, welchen Einfluß Geld haben kann, bis es schließlich im Gleichgewicht neutralisiert ist. Er untersucht die verschiedenen Wege, welche zusätzliches Geld nehmen kann, wie es auf die Preisbildung und den Aufbau der Produktion einwirkt und zu Kapitalfehlleitung führt. Insgesamt stellt er fest, „daß unter den bestehenden Verhältnissen das Geld immer einen aktiven Einfluß auf den Ablauf der Wirtschaft ausüben wird und daher keine Analyse der tatsächlichen wirtschaftlichen Vorgänge vollständig ist, wenn die Rolle, die das Geld dabei spielt, vernachlässigt wird“.²⁴ Er glaubt ferner, daß die Bedingungen, unter denen sich das Geld neutral verhält, in der Wirklichkeit nie gegeben sein werden.²⁵ Daß Hayek die Forderung nach neutralem Geld daraufhin nicht aufgegeben hat, ist bestenfalls von dogmengeschichtlichem Interesse. Für unser Thema relevant bleibt: Sobald man nicht mehr den Gleichgewichtszustand als Referenzsystem vor Augen hat, sondern den dynamischen Prozeß selbst, verschwindet der klassische Geldschleier vollständig. Geld wird zu einem von realen Vorgängen nicht mehr zu lösenden Faktor. Es gibt erkenntnislogisch keine Möglichkeit mehr, echte von unechten Ersparnissen zu trennen und zusätzliches Geld künstlich zu nennen. Dann ist es nicht mehr möglich, von einem geldpolitisch initiierten künstlichen Aufschwung zu sprechen und zu behaupten, er sei in irgendeiner Weise von anderer Qualität als ein irgendwie sonst zustande gekommener. Schließlich kann es dann nicht mehr darum gehen, die Geldversorgung am Produktionspotential festzumachen, sondern darum, das Potential durch Geldpolitik zu vergrößern. Darin liegt die große und schwierige Aufgabe der Zentralbanken, von der sie durch den Irrtum der Monetaristen vorübergehend befreit sind.²⁶

VII. DEFICIT SPENDING

Obwohl diese Strategie zur Überwindung der Weltwirtschaftskrise nicht unwesentlich beigetragen hat, spielt sie heute in der nationalen und internationalen wirtschaftspolitischen Diskussion keine Rolle. Die Ursachen dafür liegen in der Furcht vor der Inflation und einem ausufernden staatlichen Sektor sowie in der Ansicht, die schwache Konjunktur sei Ausdruck

²⁴ F. A. v. Hayek, Preise und Produktion, S. 119.

²⁵ Vgl. ebenda, S. 118.

²⁶ Vgl. G. Maier-Rigaud, Die Fiktion vom Produktionspotential, Wirtschaftsdienst, H. 7 (1982), S. 357 ff. und derselbe, Der Zins, das Potential und der Aufschwung, Zur geldpolitischen Strategie des Sachverständigenrates, Wirtschaftsdienst, H. 1 (1983), S. 45 ff.

einer Strukturkrise - was auch immer im einzelnen damit gemeint ist. Diese Einschätzungen kommen natürlich nicht von ungefähr, sondern sind selbst Folge einer bestimmten Theorie. Da aber die Strategie des Deficit Spending aus einem ganz anderen theoretischen Umfeld folgt, hat es keinen Sinn, sie an den Dogmen der herrschenden Theorie messen zu wollen. Wir müssen uns mit ihrer theoretischen Basis unmittelbar auseinandersetzen und diese mit der Leistungsfähigkeit neoklassischer Muster vergleichen.

Dort, wo Hayek Keynes zwar anerkennen, aber wegen seines Gleichwichtsparadigmas nicht folgen konnte, nämlich der Funktion des Geldes, wollen wir jetzt den Ausgangspunkt für die weiteren Überlegungen nehmen. Keynes hat unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise erkannt, daß das Warten auf die Gleichgewichtsverheißung zu sozial unerträglichen Spannungen führen und dieses Gleichgewicht auch ein Unterbeschäftigungsgleichgewicht sein kann. Der Ausgleich von Sparen und Investieren läuft bei ihm über die Kontraktion der Einkommen. Die Zinsautomatik der Klassik kann den Kontraktionsprozess weder aufhalten noch kann sie aus dem Unterbeschäftigungsgleichgewicht herausführen, weil sie zu viel Zeit braucht und u. U. bei steigender Liquiditätspräferenz zum Stillstand kommt. Zur Erklärung der Unwirksamkeit des Zinsmechanismus für die Überwindung einer Rezession greift Keynes zurück auf Wicksells Unterscheidung zwischen natürlichem Zins (Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals) und Geldzins. Er zeigt, daß im Kontraktionsprozess bei sinkenden Einkommen und Preisen die Rentabilitätserwartungen der potentiellen Investoren permanent unter dem Geldzins liegen können. Der Weg zur Vollbeschäftigung führt daher nicht über flexible Preise und Löhne sowie eine marktmäßige (automatische) Anpassung des Zinses, sondern über eine geldpolitisch herbeigeführte Beschleunigung des Zinssenkungsprozesses, dessen Wirkung auf das Investitionsverhalten durch rigide Preise noch unterstützt wird.

Keynes stellt damit die klassische Sichtweise auf den Kopf. Die offensiv gemeinte Strategie der flexiblen Anpassung von Preisen und Löhnen der Klassiker wirkt im Keynesischen System defensiv und einkommensenkend. Die für Neoklassiker defensive Strategie eines „künstlichen“ Zinssenkungsprozesses ist bei Keynes die offensive Lösung zur Überwindung einer Rezession. Die „Keynessche Revolution“ läßt sich aber auch weniger dramatisch darstellen. Bei beiden Erklärungsversuchen geht es um das Gleichgewicht bei Vollbeschäftigung und in beiden steht der Zins im Mittelpunkt. Keynes hat „nur“ das von den Klassikern übersehene Informationsproblem in die Analyse eingeführt und gezeigt, daß es nicht in jedem Fall über den Marktzins gelöst wird.²⁷ Man kann sagen, er hat die klassische Gleichgewichtsvorstellung zerstört, aber sogleich die Bedingung identifiziert, unter der sie als Möglichkeit wieder Berechtigung erlangt.

Die aus der Einsicht in die Koordinierungsprobleme des marktwirtschaftlichen Systems entwickelte Keynessche Forderung nach einer Geldpolitik „à outrance“ ist bereits 1932 von einem anderen liberalen Ökonomen, Wilhelm Röpke, aufgestellt worden. Er schrieb:

„Wenn die Politik der Einschränkung und Senkung uns immer weiter in die Depression verstrickt, so bleibt als einzige Möglichkeit der Depressionsüberwindung nur eine Politik, die auf eine *Wirtschaftsausdehnung*, also nicht auf Leistungsminderung, sondern auf Leistungssteigerung gerichtet ist. Eine solche Wirtschaftsausdehnung hat sich bisher immer in der Weise vollzogen, daß eine Wiederausdehnung des eingeschrumpften Kreditvolumens sich mit einer Steigerung der Investitionen ver-

²⁷ Vgl. A. Leijonhufvud, Über Keynes und den Keynesianismus, Eine Studie zur monetären Theorie, Köln 1973, z. B. S. 71ff., S. 209 ff.

Jetzt hat auch der Sachverständigenrat das Problem des gesamtwirtschaftlichen Koordinationsversagens für sich neu entdeckt (vgl. Jahresgutachten 1984/85, Ziff. 290 ff.).

band. Das ist immer so gewesen und wird auch diesmal so sein, mögen die Gegner einer Politik der Kreditausweitung dagegen einwenden, was sie wollen. ...

Eine solche Politik wird nun von vielen Seiten als ‚Inflation‘ verdächtigt. Wenn es nach der Meinung dieser Gegner der Kreditausweitung ginge, müßten wir also offenbar jede noch so tiefe Senkung des Wirtschaftsniveaus mit allen ihren Verheerungen als gegeben hinnehmen und dürften keinen Finger rühren, um dieser verderblichen Tendenz entgegenzuarbeiten, da eine solche Politik als ‚Inflation‘ verboten wäre. Würde eine Deflation so weit getrieben, bis die letzte Note aus dem Verkehr gezogen würde, so würde es ‚Inflation‘ sein, wenn man sie wieder in Verkehr setzte. Wir respektieren die Angst vor der Inflation und teilen sie, wenn es sich auch nur im entferntesten um das handelt, was Deutschland im Jahre 1923 durchgemacht hat. Aber es ist ja heute gerade das strikte Gegenteil, worunter wir leiden und die Verheerungen dieses der Inflation entgegengesetzten Vorganges der Deflation bleiben wahrlich nicht hinter den Verheerungen der Inflation zurück. Glaubt man ernsthaft, daß es zwischen der Eishölle der Deflation und der Gluthitze der Inflation keinen Mittelkurs gibt? Ist es Brandstiftung, wenn ich in einem durchgekältem Zimmer ein Ofenfeuer anzünde? Welch blinder und geradezu verderblicher Eifer steht hinter dieser abergläubischen Furcht vor der Inflation, wenn doch die einzige Frage, die uns heute beschäftigen sollte, die ist, wie wir aus der Deflation herauskommen! ...

Die Überwindung der Depression durch Kreditausweitung ist keine verdächtige Verlegenheitslösung, sondern der durch Überlegung und Erfahrung vorgezeichnete Weg, der allein geeignet ist, die müßigen Produktionsfaktoren wieder zusammenzuführen und dadurch gleichzeitig den ‚Kapitalmangel‘ zu überwinden. Wir empfehlen die Kreditausweitung nicht, weil der ‚Kapitalismus mit seinem Latein zu Ende ist‘, sondern weil (sie) diejenige Lösung ist, die diesem Wirtschaftssystem entspricht und sich bisher immer wieder durchgesetzt hat.“²⁸

Die modernen Ökonomen haben diesen essentiellen Kern einer offensiven Strategie vollständig verdrängt. Sie behaupten die Unwirksamkeit der Geldpolitik ab ovo oder verlangen deren Neutralität und gehen damit sogar hinter die Einsicht der Klassiker bezüglich der Bedeutung des Zinses für die Stabilität des Systems zurück.

Die Wirksamkeit einer expansiven Geldpolitik hängt allerdings entscheidend davon ab, ob es gelingt, den Geldzins deutlich unter die erwartete Rentabilität von Sachinvestitionen zu drücken. Bei extremen Konstellationen (Deflation der 30er Jahre) kann es daher notwendig sein, Kredite *nicht nur* zu säkular niedrigen Zinsen anzubieten, sondern auch direkt staatliche Nachfrage zu entfalten. Daß *beide* Bedingungen gegeben sein müssen, hat Keynes an einem Beispiel erläutert, das zu vielen Mißverständnissen und Verdrehungen seiner Position verwendet wurde:

„If the Treasury were to fill old bottles with banknotes, bury them at suitable depths in disused coal-mines which are then filled up to the surface with town rubbish, and leave it to private enterprise on well-tryed principles of *laissez-faire* to dig the notes up again (the right to do so being obtained, of course, by tendering for leases of the note-bearing territory), there need be no more unemployment and, with the help of the repercussions, the real income of the community, and its capital wealth also, would probably become a good deal greater than it actually is.“

Eigentlich deutlich genug fügt er hinzu:

„It would, indeed, be more sensible to build houses and the like; but if there are political and practical difficulties in the way of this, the above would be better than nothing.“²⁹

²⁸ W. Röpke, *Krise und Konjunktur*, S. 121 - 123 (Hervorhebung im Original).

²⁹ J. M. Keynes, *General Theory*, S. 129 (Hervorhebung im Original).

Wie Keynes schließt auch Röpke den Fall nicht aus, daß der Zins seine regulierende Kraft weitgehend verlieren kann:

„Man kann ihn senken, so viel man will, der Reiz zu neuen Investitionen bleibt aus ... Angesichts dieser Investitionsunlust dürfte nichts anderes übrig bleiben, als von einem Punkte außerhalb der Marktwirtschaft den ersten Anreiz zur Wiederbelebung der Investitionstätigkeit zu bewirken. Dieser Punkt ist der Staat und sein Mittel ein *öffentliches Investitionsprogramm*, das durch neu-geschaffene Kredite finanziert wird. ... Ein solches öffentliches Investitionsprogramm, für das die Mittel durch Kreditausweitung aufgebracht werden, ist auch das einzige *Arbeitsbeschaffungsprogramm*, das diesen Namen wirklich verdient. Jede andere Art der Finanzierung läuft auf eine Umlagerung der vorhandenen Kaufmittel hinaus und macht damit eine wirkliche *zusätzliche* Arbeitsbeschaffung illusorisch.“³⁰

Nicht übersehen werden darf, daß Röpke und Keynes Deficit Spending nur vor dem Hintergrund der damaligen extremen wirtschaftlichen Konstellation gefordert haben. In dieser Situation sind wir heute nicht. Es herrscht weder Deflation noch ist der Zins auf einem Niveau, das nicht weiter gesenkt werden kann. Deficit Spending als ultima ratio der Wirtschaftspolitik ist also *nicht* erforderlich. Es genügt, den Zins als strategische Größe zur Überwindung der Rezession einzusetzen. Ohne die Rückkehr zu einer vernünftigen Geldpolitik sind alle anderen wirtschaftspolitischen Maßnahmen vergeblich, und bei einer anderen Geldpolitik werden sie sich als ziemlich überflüssig erweisen.

Das Keynesische Schema ist ausgelegt für die Überwindung rezessiver Situationen. In keiner anderen Analyse sind Erkenntnisziel, Methode und politische Strategie so nahtlos aufeinander abgestimmt. Und in keiner anderen Theorie ist das Erkenntnisziel so klar auf die Probleme gerichtet, unter denen die Weltwirtschaft heute leidet. Noch gibt es eine Lösung über den Zins. Wie weit er gesenkt werden muß und welche Geldmenge dazu erforderlich ist, kann im voraus unmöglich geschätzt werden. Bis in die Nähe der Vollbeschäftigung ist Keynes ein guter Ratgeber. Weiter allerdings kann seine im Kern statische Theorie nicht reichen. Sie mündet in die klassische Gleichgewichtswelt‘ nach deren logischer Struktur eine expansive Geldpolitik in der Inflation endet. Keynes hat diese Grenze seines theoretischen Schemas klar gesehen:

„When a further increase in the quantity of effective demand produces no further increase in output and entirely spends itself on an increase in the cost-unit fully proportionate to the increase in effective demand, we have reached a condition which might be appropriately designated as one of true inflation. Up to this point the effect of monetary expansion is entirely a question of degree, and there is no previous point at which we can draw a definite line and declare that conditions of inflation have set in. Every previous increase in the quantity of money is likely, in so far as it increases effective demand, to spend itself partly in increasing the cost-unit and partly in increasing output.“³¹

³⁰ W. Röpke, *Krise und Konjunktur*, S. 123 f. (Hervorhebungen im Original).

Wie weit die heutige wirtschaftspolitische Diskussion diese *Keynesische* Sicht verdrängt hat, zeigt sich z. B. daran, daß der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium der Finanzen in seinem „Gutachten zu den Problemen einer Verringerung der öffentlichen Netto-Neuerschuldung“ (4. Mai 1984) den Begriff Deficit Spending nicht in Verbindung bringt mit zusätzlichem Zentralbankgeld, sondern nur an eine Finanzierung über den Kapitalmarkt denkt (vgl. S. 18 ff.). In den 30er Jahren war dagegen Deficit Spending unabhängig von *Keynes* für die wirtschaftspolitische Diskussion in Deutschland selbstverständlich und wurde keineswegs nur von *Röpke* vertreten (vgl. *Der Keynesianismus II, Die beschäftigungspolitische Diskussion vor Keynes in Deutschland, Dokumente und Kommentare*, hrsg. von G. *Bombach* u. a., Berlin, Heidelberg, New York 1976).

³¹ J. M. *Keynes*, *General Theory*, S. 303.

Sind wir damit theoretisch und praktisch an einem Punkt, an dem die Lehrsätze der Gleichgewichtsökonomie schließlich doch anerkannt werden müssen?

VIII. EXOGENES GELD

Wenn Ziel des Wirtschaftens jedes einzelnen die Verbesserung seiner wirtschaftlichen Lebensverhältnisse ist und die Wirtschaftspolitik dazu einen Beitrag leisten will, dann bedarf sie einer Theorie, die über eine Erklärung der Vollbeschäftigung hinausreicht. Zwar herrscht kein Mangel an Wachstumstheorien, doch die in den keynesianischen und neoklassischen Modellen gezeichneten Pfade gleichgewichtigen Wachstums sind erkenntnislogisch von der gleichen Kategorie wie auf stationäre Wirtschaften bezogene, rein statische Gleichgewichtsbetrachtungen. Sie bieten Identitäten und Gleichgewichtsbedingungen aber keine kausalen Verknüpfungen. Die Aussage beispielsweise, eine Wachstumsrate X bedeute eine Investitionsquote Y und eine Rate des technischen Fortschritts Z , wird fälschlicherweise transformiert in eine Wachstumsfunktion des Inhalts, daß *durch* technischen Fortschritt Wachstum erzeugt wird. Davon ausgehend ist dann der Weg kurz zur Vorstellung, die Frage des Wachstums sei identisch mit der Frage nach der technologischen Entwicklung und Wachstumspolitik sei im wesentlichen Technologiepolitik. Der Irrtum liegt auch in diesem Fall in der Vorstellung, das Ergebnis einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik unter Umgehung des Marktprozesses unmittelbar ansteuern zu können.³² Wir können aber im voraus nicht wissen, was z. B. eine erfolgreiche Innovation ist. Technologiepolitik kann sich daher immer nur an den Innovationen von gestern orientieren. Auch ist der berühmte dynamische Unternehmer nicht im Ausschreibungsverfahren zu ermitteln. Wachstumspolitik dagegen bedeutet, Bedingungen dafür zu schaffen, daß möglichst viele Unternehmen erfolgreich (innovativ) sein können. Und das ist keine Frage sektorspezifischer Politik, sondern eine ausschließlich makroökonomische.

Die Ökonomie hat bisher nur eine die Bedingungen wirtschaftlicher Entwicklung aufzeigende Theorie, nämlich die Schumpeters. Diese hat nichts gemein mit Vorstellungen über säkulare Entwicklungen oder einer Theorie der langen Wellen. Und vor allem ist sie keine Technologietheorie, die den wirtschaftlichen Entwicklungsprozeß von Innovationen abhängig macht. Schumpeter hat eine vollkommen technikunabhängige, rein ökonomische Theorie vorgelegt. Die Phantasie für neue Kombinationen setzt er als latent vorhanden voraus. Ihn beschäftigt die Frage, wie und unter welchen Bedingungen die ewig gleiche Bahn der stationären Wirtschaft verlassen und Entwicklung vorangetrieben wird.

Bei Schumpeter hängt die wirtschaftliche Entwicklung entscheidend von der Zurverfügungstellung zusätzlicher Kaufkraft ab, d. h. von aus dem Nichts geschaffenem Geld, das den Unternehmer in die Lage versetzt, sich auf dem Faktormarkt die notwendigen Ressourcen zur Realisierung seiner neuen Kombinationen zu beschaffen. Dieser Aspekt von Schumpeters Theorie wird heute in aller Regel übersehen. Er steht in klarem Gegensatz zur monetaristischen Vorstellung und der von Angebotstheoretikern vertretenen These, wonach durch Konsolidierung und Kostensenkung Raum geschaffen werden soll für die Aktivitäten des dynamischen Unternehmers. Aber das Alte muß nicht erst weggeräumt werden für das Neue, es wird durch das Neue aus dem Markt gedrängt. Diese entscheidende Einsicht von Schumpeter geht weit über Keynes hinaus. Dieser muß nämlich am Vollbeschäftigungspunkt analytisch unausweichlich zurück in die neoklassische Gleichgewichtswelt, in der Wachstum vermeintlich abhängig ist von realen Faktoren und einem dem Investieren vorausgehenden Konsum-

³² Diese Sichtweise, vom Sachverständigenrat treffend als die „Faszination des Unmittelbaren“ bezeichnet, ist wohl der entscheidende Grund für scheinbar pragmatische interventionistische Praktiken einschließlich der Idee staatlicher Industrieparks.

verzicht. Schumpeter hat auf diese Konsequenz der General Theory und die andere Sichtweise in Keynes' Treatise aufmerksam gemacht:

„There is, however, a sequel to Lord Keynes's treatment of the subject of credit creation in the Treatise of 1930 of which it is necessary to take notice in passing. The deposit-creating bank loan and its role in the financing of investment without any previous saving up of the sums thus lent have practically disappeared in the analytic schema of the General Theory, where it is again the saving public that holds the scene. Orthodox Keynesianism has in fact reverted to the old view according to which the central facts about the money market are analytically rendered by means of the public's propensity to save coupled with its liquidity preference. I cannot do more than advert to this fact. Whether this spells progress or retrogression, every economist must decide for himself.“³³

Die modernen Ökonomen haben sich nicht nur entschlossen, diese Keynesische Sichtweise Fortschritt zu nennen, sondern verlangen sogar in der Rezession eine neutrale Geldpolitik. Der Weg zurück zu Schumpeter ist also besonders weit. Dies zeigt auch seine nachträgliche Anmerkung zum Kapitel über Kredit und Kapital in der Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung:

„Jede Theorie des Konjunkturzyklus berücksichtigt heute das Faktum des ‚zusätzlichen Kredits‘ in der Prosperität und setzt sich mit der von Keynes zur Diskussion gestellten Frage auseinander, ob der Zyklus durch Beeinflussung von der Geldseite her gemildert werden kann. Das bedeutet noch nicht Annahme meines Gesichtspunktes (d. h. exogenes Geld als Voraussetzung wirtschaftlicher Entwicklung, d. Verf.). Aber es muß dazu führen. ...und bald wird der Inhalt dieses Kapitels eine Selbstverständlichkeit sein.“³⁴

Tatsächlich ist den Ökonomen dieser Gesichtspunkt heute fremder und unverständlicher als jemals seit dem Erscheinen dieses Werkes von Schumpeter.

Exogenes Geld schafft selbstverständlich nur über den Zins die hinreichende Bedingung für wirtschaftliche Entwicklung. In diesem Punkt folgt Schumpeter wie Keynes der Wicksellschen Auffassung. Der Schumpetersche Prozeß beginnt aber nicht erst dort, wo der Keynesische Aufschwung endet. Er beginnt bereits am unteren konjunkturellen Wendepunkt, erklärt ihn sogar und gibt dem Aufschwung von vornherein eine über das alte Vollbeschäftigungsniveau hinausreichende Dimension, die im Keynesischen System wegen des engeren Erkenntniszieles nicht wesentlich ist. Leider wird diesem zentralen Aspekt der Entwicklungstheorie heute nur dogmengeschichtliches Interesse gewidmet. Die explizit auf das Erscheinen des dynamischen Unternehmers setzende Angebotspolitik übersieht die alles entscheidende Zinsbedingung und unterwirft sich dem monetaristischen Dogma. Dieses postuliert die Schädlichkeit eines „nur“ geldpolitisch initiierten Aufschwungs und zerstört damit die Voraussetzung für Potentialwachstum.

So blockiert die herrschende Lehre nicht nur den Schumpeterschen Prozeß wirtschaftlicher Entwicklung, sondern auch den Wicksell-Keynesschen Konjunkturaufschwung. Der Unternehmer der Angebotslehre ruft nach dem Staat und bittet um Entlastung von Kosten und Entreglementierung. Doch die vermeintlichen Wohltaten des Staates werden in der Konkurrenzwirtschaft wegdeflationiert und der natürliche Zins bleibt unter dem Geldzins. Der keynesianische Unternehmer bittet um mehr Nachfrage, aber der Staat könnte ihm bestenfalls eine andere Nachfragestruktur offerieren. Der Schumpeter-Wicksell-Keynes-Unternehmer dagegen verlangt einen niedrigen Geldzins. herbeigeführt durch exogenes Geldangebot. Die mo-

³³ J. A. Schumpeter, *History*, S. 1114, Anm. 5.

³⁴ Derselbe, *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung* (1911), Berlin 1964, S. 140, Anm. 1.

netaristische Geldtheorie kann jedoch nicht glauben, daß er mit dieser über das Bankensystem vermittelten Kaufkraft investiert. Sie fürchtet, wegen der von modernen Ökonomen bloß erfundenen rationalen Erwartungen, das zusätzliche Geld würde unmittelbar nur zu steigenden Preisen führen. Wirtschaftspolitik in den Spuren statischer Theorie über längere Zeit betrieben, schafft somit die Bedingungen dafür, daß, obwohl alle einzelwirtschaftlichen Ziele auf Einkommensexpansion gerichtet sind, es insgesamt nicht gelingt, eine Rezession zu überwinden. Sie provoziert so das Auftauchen defensiver Strategien als Reaktion auf eine vermeintlich im marktwirtschaftlichen System angelegte *dauerhafte* funktionale Störung.

IX. DIAGNOSE EINES AUFSCHWUNGS

Wenn unsere Grundhypothese richtig ist, daß aus einer statischen Theorie nur Aussagen über eine stationäre Wirtschaft zu gewinnen sind und solche Aussagen, transponiert in wirtschaftspolitische Strategien, Stationarität sogar herbeiführen müssen, dann kann der 1983 vor allem in den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland in Gang gekommene Aufschwung nicht das Ergebnis von Angebotspolitik und potentialorientierter Geldmengensteuerung sein. Wie sehen also die Diagnosen im einzelnen aus? Die wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute schrieben im Herbst 1983: „Nachfrage und Produktion stiegen in den Industrieländern im Verlauf dieses Jahres vor allem deshalb merklich, weil die Geldpolitik ... Mitte 1982 zu einem expansiven Kurs übergegangen war.“³⁵ Im Frühjahrsgutachten 1984 dieser Institute heißt es nochmals: „Die konjunkturelle Aufwärtsbewegung im vergangenen Jahr war durch geldpolitische Impulse und vereinzelt durch finanzpolitische Anstöße in Gang gebracht worden.“³⁶ Auch der Sachverständigenrat kommt bei der Beurteilung des Aufschwungs in den Vereinigten Staaten zu einigen bemerkenswerten Feststellungen. Zum Beispiel: „Die wirtschaftliche Aufwärtsbewegung in den Vereinigten Staaten trägt gewisse Züge eines von fiskalischen Nachfrageimpulsen angetriebenen Aufschwungs der Konsumnachfrage und ... der von dem zunehmenden Auslastungsgrad der Kapazitäten der Konsumgüterindustrie abhängigen Investitionen.“³⁷ An anderer Stelle heißt es: „Der restriktive Kurs der Geldpolitik ist gelockert worden. Das hat bis zum Frühjahr zur Zinssenkung beigetragen.“³⁸ Im Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank 1983 wird - bezogen auf die Entwicklung in Deutschland - betont, daß der in Gang gekommene Zinssenkungsprozess zins- und liquiditätspolitisch unterstützt worden sei. Die Bank weist ferner auf die Bedeutung der Investitionszulage, die staatlichen Fördermaßnahmen sowie auf die 1983 freigewordenen prämien- und zulagenbegünstigten Sparguthaben hin.³⁹ Der Aufschwung wird also klar als Folge der geldpolitischen Lockerung im Sinne des Wicksell-Keynesschen Schemas und sogar als Folge staatlicher Nachfrageincentives interpretiert.

Nun müsste man eigentlich annehmen, dass bei dieser Diagnose die weiteren therapeutischen Schritte auf der Hand liegen. Zur künftigen geldpolitischen Linie meint der Sachverständigenrat jedoch geheimnisvoll: „Gegen den Versuch, die weitere konjunkturelle Erholung mit Mitteln der Geldpolitik zu stimulieren, gibt es grundsätzliche Einwände. Aber auch wenn man diese nicht teilt, bestünde kein Anlaß, für 1984 etwa noch ein expansives Element einzuplanen. Die wirtschaftliche Aufwärtsbewegung ist in Gang gekommen, und wenn sie noch nicht die Kraft hat, die man sich wünschen mag, so liegt das jedenfalls nicht an der Geldpoli-

³⁵ „Gemeinschaftsdiagnose“ Herbst 1983, S. 3.

³⁶ „Gemeinschaftsdiagnose“ Frühjahr 1984, S. 3.

³⁷ Jahresgutachten 1983/84, Ziff. 29.

³⁸ Ebenda, Ziff. 10.

³⁹ Vgl. Geschäftsbericht 1983. S. 2, S. 3 - 8.

tik.⁴⁰ Mehr Geld, sagt der Rat an anderer Stelle, „würde früher oder später für unerwünschte Preissteigerungen absorbiert werden.“⁴¹ Und auch die Forschungsinstitute stellen in monetaristischer Manier fest: „Der Beitrag, den die Geldpolitik zur Herstellung wachstumsfreundlicher Bedingungen im Inland leisten kann, besteht darin, die Geldwertstabilität und eine reibungslose Finanzierung des Potentialwachstums zu sichern; hierauf sollte sie sich beschränken.“⁴² Überhaupt wird von einer Konjunkturpolitik im üblichen Sinne jetzt abgeraten. Der Aufschwung „kann als selbsttragend bezeichnet werden, wenn darunter eine Aufwärtsbewegung verstanden wird, die auch nach dem Abklingen geld- und finanzpolitischer Impulse anhält.“⁴³ Diese Einschätzung ist die Basis für die Forderung nach weiteren Schritten beispielsweise bei der Durchforstung von Sozialleistungen, der Beschränkung der Personalausgaben des Staates und der steuerlichen Entlastung der Unternehmen. Im Herbstgutachten 1983 schrieben die Forschungsinstitute: „Als schwere Belastung erscheint, daß jene Wirtschaftspolitik ausblieb, die - als ‚Wende‘ angekündigt - fundamentale Hindernisse auf dem Wege zu verstärktem Wachstum und zu mehr Beschäftigung auszuräumen versprach.“⁴⁴

Der in dieser Deutlichkeit kaum zu übertreffende Widerspruch zwischen der Diagnose des Aufschwungs nach Keyneschem Muster und den wirtschaftspolitischen Empfehlungen ist unverständlich. Wie konnte es überhaupt dazu kommen? Da der Widerspruch offensichtlich nicht einmal auffällt, geschweige denn eine theoretische Kontroverse provoziert, muß er wohl der herrschenden Lehre immanent sein. Es ist die alte Konfusion zwischen der kurzen und langen Frist, zwischen der Betrachtung eines Systems im fiktiven Gleichgewicht und seiner tatsächlichen Bewegung im Ungleichgewicht. Sie wird konsequent übertragen auf Diagnose und Therapie. Der Diagnose ist die kurzfristige Verlaufsanalyse vorbehalten. In deren zeitlicher Perspektive ist Geldpolitik wirksam, haben fiskalische Incentives expansive Effekte und spielt Nachfrage allgemein eine entscheidende Rolle. Ganz anders die Therapie. Ihre Perspektive ist die lange Frist, das inflationsfreie Wachstum auf Dauer. Entsprechend muß sie zu den „fundamentalen“ Fragen vordringen, und diese liegen langfristig, im Gleichgewicht, auf der Angebotsseite. Expansive Geldpolitik bedeutet im logischen Schema des Gleichgewichts Inflation und verbietet sich daher von selbst. Nur so erklärt sich der Widerspruch zwischen der richtigen Diagnose des Aufschwungs und den wirtschaftspolitischen Empfehlungen aus der Gleichgewichtswelt. Der Aufschwung ist so gesehen nichts als ein *Betriebsunfall der monetären Steuerung*. Sobald die Weltwirtschaft wieder auf den stetigen Pfad der monetären Expansion gebracht ist, wird auch der Aufschwungsprozess langsamer oder er mündet gar in die nächste Rezession. Über die ersten Anzeichen dafür könnten noch einige ad hoc-Erklärungen (wie Streiks, Protektionismus oder Verunsicherungen politischer Art) hinweghelfen. Schließlich aber müßte die praktische Wirtschaftspolitik den Vorschlägen der Langzeittherapeuten folgen und weiter versuchen, die Volkswirtschaft deren statischer Modellwelt anzupassen. Die Krise stünde uns dann erst noch bevor.

X. ROLLENVERTEILUNG

Wirtschaftspolitik ist grundlegend geleitet von theoretischen Vorstellungen. Die für die Modellwelt postulierten Zusammenhänge zwischen den ökonomischen Variablen sind zugleich eine Entscheidung darüber, welche Aktionsparameter für welche Ziele relevant sind. Aus der Theorie folgt also eine ganz bestimmte Rollenverteilung zwischen den Trägern der Wirt-

⁴⁰ Jahresgutachten 1983/84, Ziff. 421.

⁴¹ Ebenda, Ziff. 418.

⁴² „Gemeinschaftsdiagnose“ Frühjahr 1984, S. 15.

⁴³ Ebenda, S. 10.

⁴⁴ „Gemeinschaftsdiagnose“ Herbst 1983, S. 13.

schaftspolitik. Die innerhalb eines paradigmatisch vorgegebenen Rahmens operierende Politik kann unter Umständen alle Zwischenziele, z. B. Haushaltskonsolidierung und Verstärkung der Geldmengenentwicklung, erreichen, aber dennoch oder gerade deshalb die gesamtwirtschaftlichen Ziele völlig verfehlen, weil ihr theoretisches Bezugssystem falsch ist. Die der Politik zugrundeliegende Theorie, deren Axiomatik und Erkenntnisziel, entscheidet über ihre Erfolgchancen. Wir haben unter diesem Blickwinkel einige wirtschaftspolitische Strategien untersucht und wollen nun fragen, welche Rollenverteilung eine offensive Strategie auf der Basis von Wicksell, Keynes und Schumpeter erfordert. Zuerst aber soll die zur Zeit herrschende und vom Sachverständigenrat seit 1974 mit zunehmender Rigorosität vertretene Rollenzuweisung⁴⁵ skizziert werden.

Nach der herrschenden Auffassung ist die Geldpolitik verantwortlich für Preisstabilität, die Lohnpolitik für Beschäftigung und die Finanzpolitik flankierend für die Beschleunigung von Anpassungsprozessen (Allokation, leistungsgerechtes Steuersystem, Abbau von Subventionen) und die Schaffung von mehr Raum für private Initiativen (Konsolidierung, Zinssenkung). Diese Rollenzuweisung folgt aus der neoklassischen Gleichgewichtstheorie. Geld hat auf Dauer, also im Gleichgewicht, keinen Einfluß auf den realen Prozeß. Es hat nur intermediäre Funktion und die Geldpolitik hat den „Geldmantel“ entsprechend der realen Entwicklung zu schneiden. Die Lohnpolitik muß einen den Arbeitsmarkt räumenden Preis finden, also den Lohnsatz, der mit einer hohen Beschäftigung vereinbar ist. Die wirtschaftspolitische Rollenverteilung ist vollständig der herrschenden Theorie angepaßt. Erkenntnisziel dieser Theorie aber ist, um es nochmals zu betonen, ein lediglich für bestimmte analytische Zwecke geschaffenes statisches Modell. Die in diesem Modell gültigen Lehrsätze können keinerlei Relevanz beanspruchen für die Erklärung von ungleichgewichtigen Abläufen. Das Erklärungsbedürftige ist wegdefiniert. Der Sachverständigenrat nannte eine Politik nach diesem Muster eine „konkrete Utopie“⁴⁶. Tatsächlich handelt es sich dabei um die Übertragung von Erkenntnissen aus der Gleichgewichtsutopie auf die konkrete Welt. Die praktische Politik ist diesem Ansinnen hoffnungslos ausgesetzt. Ohne eine Wende in den theoretischen Vorstellungen kann sie bestenfalls zufällige, bescheidene und temporäre Erfolge haben.

Eine offensive Strategie der Wirtschaftspolitik braucht eine dynamische Theorie als Basis. Damit scheidet alle Gleichgewichtstheorien von vornherein aus. Auch das Keynesische Schema ist nur in Grenzen hilfreich. Übrig bleibt die bereits 1911 von Schumpeter vorgelegte Theorie. Dieses Datum kann nur jene überraschen, die glauben, der wissenschaftliche Fortschritt vollziehe sich ebenso stetig, wie man sich dies von der wirtschaftlichen Entwicklung heute erhoffte. Doch der Fortschritt der Wissenschaft von der Ökonomie ist offenbar ähnlichen Rückschlägen unterworfen wie der ökonomische Prozess auch, und wahrscheinlich besteht zwischen beiden ein durchaus enger Zusammenhang. Ökonomische Krisen wären dann nicht zuletzt eine Folge wissenschaftlichen Niedergangs und insofern prinzipiell vermeidbar. Konjunkturelle Schwankungen dagegen sind gerade im Sinne Schumpeters essentiell für die wirtschaftliche Entwicklung.

Die sich aus der dynamischen Theorie ergebende Rollenzuweisung ist differenzierter als die scheinbar eindeutige, aus der Gleichgewichtstheorie abgeleitete. In einer dynamischen Be-

⁴⁵ Vgl. Jahresgutachten 1974/75, Kapitel 5, und das Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft, „Konjunkturpolitik — neu betrachtet“ (Februar 1983), Ziff. 50 (Zuweisung von Verantwortung). Grundlegend für das Erkennen der unzulänglichen Basis der herrschenden Rollenverteilung und für die Einsicht in die Notwendigkeit einer auf dynamischer Analyse beruhenden sind die Ausführungen von H. Flassbeck, Was ist Angebotspolitik?, S. 111 ff.

⁴⁶ Jahresgutachten 1974/75, Ziff. 371.

trachtung kann die Geldpolitik in keinem Fall aus der Verantwortung für die Beschäftigung entlassen werden. Schließlich wird über das Angebot von exogenem Geld die für das ganze System entscheidende Variable, der Zins, gesteuert, werden Aufschwung und Strukturwandel ermöglicht, d.h. die wirtschaftliche Entwicklung vorangetrieben. Das ist Wicksell, Schumpeter und Keynes, das ist aber auch Hayek im dynamischen Teil von „Preise und Produktion“.⁴⁷

Die neoklassische Rollenzuweisung kann dagegen nur das Ziel Preisniveaustabilität über den Druck auf die Geldlöhne erreichen. Hier ist sie auch erfolgreich. Doch Preisniveaustabilität kann ebenso wenig wie Inflation aus der Arbeitslosigkeit heraushelfen. Und die Hoffnung auf eine die Beschäftigung steigernde Reallohnentwicklung ist ohne instrumentelle Basis. Sie wird endogen bestimmt. Den Weg über die Geldpolitik aber haben sich Neoklassiker gründlich dadurch verbaut, daß sie den Zins zum unantastbaren Marktpreis erklärt haben. Dabei wird die Angebotsseite auf dem den Zins bestimmenden Markt von einer Instanz beherrscht, die als einzige wirklich exogen (autonom) agieren könnte. Jene Instanz aber, die zwar mächtig, doch in gesamtwirtschaftlicher Dimension abhängig und eingebunden ist in den insgesamt vorgegebenen Finanzierungsrahmen, soll Anstöße geben, indem sie sich zurückzieht, der Staat. Theoretisch und damit auch praktisch kann die Neoklassik keinerlei Perspektive für den Abbau der Arbeitslosigkeit bieten.⁴⁸

Die Orientierung der Rollenverteilung an den Wirkungszusammenhängen dynamischer Analyse ist zuallerletzt eine Frage des politisch-administrativen Entscheidungsprozesses. Der Übergang auf die von den hervorragendsten Ökonomen längst entwickelten Strategie beginnt in der Welt der Ideen, und seine Geschwindigkeit hängt davon ab, wie rasch die modernen Ökonomen ihre statischen Denkstrukturen überwinden können. Verantwortung für die wirtschaftlichen Folgen der Neoklassik tragen die Ökonomen selbst, nicht die Politiker oder gar die Wirtschaftssubjekte. Dieser Rollenzuweisung werden sich Nationalökonomien auf Dauer nicht entziehen können.

Summary

Through Static Economics to a Stationary Economy

By Gerhard Maier–Rigaud

Since the days of Ricardo static equilibrium approaches have been dominating economic theory. However the findings of such theories are only valuable for allocation processes at a given level of economic activity. Therefore they hardly explain business cycles, cannot cope with Keynesian disequilibrium situations, and finally are entirely inadequate to explain development processes of capitalist economies as described by Schumpeter. Economic policy passed on static economics is bound to produce stagnation.

⁴⁷ Die Lohnpolitik kann insbesondere dann, wenn es um die Überwindung einer Rezession bei unvernünftig hohen Zinsen geht und Preisniveaustabilität anerkanntermaßen praktisch erreicht ist, keinen beschäftigungspolitischen Impuls geben.

Die Finanzpolitik sollte sich in der Rezession auf die Erhaltung der Rahmenbedingungen konzentrieren und erst im Aufschwung politisch als notwendig erachtete Änderungen vornehmen.

⁴⁸ Selbst jene, die der hier vertretenen Wirtschaftspolitik zuneigen, mögen einwenden, daß sie in einer offenen Volkswirtschaft nicht ohne möglicherweise große Risiken anwendbar sei. Dem ist zuzustimmen. Doch daraus kann nur folgen, andere ebenfalls von dieser Strategie zu überzeugen. Keinesfalls darf daraus folgen, weiterhin eine Politik zu betreiben, die an die Ursachen der Arbeitslosigkeit nicht im entferntesten herangeht.

The article examines the theoretical background of some strategies offered as an answer to lasting unemployment like shortening of working hours, modest money wage policy, savings incentives to lower the rate of interest, supply side measures to facilitate microeconomic adjustment processes and capital market financed public expenditure programs. It is demonstrated that these strategies are based on static economics and cannot serve the intended purpose. They are drawn from a fictitious world of long-term equilibrium. Modern economics largely ignores this fact and forgets about the decisive role money plays in the real world. Hence it is necessary to go back to the economics thoughts of Wicksell, Keynes and Schumpeter.

In original Keynesian theory a budget deficit financed by additional central bank money is only an ultimate strategy under liquidity trap conditions. Such conditions do not prevail currently. Today money supply expansion can bring the rate of interest below the marginal efficiency of capital. The obstacles for us to do so lie only in the logical structure of static economics. Even Keynes' scheme in the case of full employment must return to the approaches of quantity theory. For a final escape from monetarism we must convert to Schumpeter's theory of economic development. Here exogenous money becomes more than the agent to attain full employment. Money is the force activating the capitalist process as a whole.

Economic experts explain the upswing in 1983 and 1984 in Germany (as well as in the United States) first of all as an outcome of monetary policy. But this diagnosis does not even affect the prescription. The recommendations given by the same economic advisors are totally based on long-term thinking. This contradiction is interpreted as an unreflected "division of labor" between dynamic analysis used for the short run and static thinking adopted for steady-state fictions.

As concerns the policy assignment problem, it is stressed that the roles of wage policy and of monetary policy in the dynamic scheme have to be reconsidered. Monetary policy cannot be exempted from its responsibility for employment.